

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### Einunddreißigste öffentliche Sitzung

Nr. 31

Freitag, den 24. Oktober 1947

II. Band

	Seite
Geschäftliches . . . . .	81, 96
Bekanntgabe eines Schreibens der Fraktion der <b>WAB</b> betreffend <b>Wiedervereinigung</b> . . . . .	81
Bekanntgabe eines Dringlichkeitsantrages der Abgeordneten <b>Stock</b> und <b>Genossen</b> betreffend <b>Demontagen</b> (Beilage 797) . . . . .	81
Berufung des Staatssekretärs a. D. Dr. <b>Andreas Grieser</b> zum Staatssekretär in das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge . . . . .	81
<b>Bereidigung des Staatssekretärs Dr. Andreas Grieser</b> . . . . .	82
<b>Erklärung der Staatsregierung.</b> Redner:	
Ministerpräsident <b>Dr. Chard</b> . . . . .	82—95
Mitteilung des Ministerpräsidenten <b>Dr. Chard</b> betreffend <b>Demontagen</b> und <b>Kartoffelversorgung</b> . . . . .	95
Festsetzung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung . . . . .	96
(Die Sitzung wird vertagt.)	

Die im Sitzungsaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 8 Minuten durch den I. Vizepräsidenten **Hagen Georg** eröffnet.

**I. Vizepräsident:** Die 31. öffentliche Sitzung des Landtags ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten **Bachmann**, **Dr. Baumgartner**, **Bickleder**, **Centmayer**, **Drechsel**, **Fichtner**, **Hagen Lorenz**, **Dr. Horlacher**, **Dr. Huber**, **Kaiser**, **Kerner**, **Kiene**, **Dr. Korff**, **von Knoeringen**, **Dr. Kroll**, **Dr. Lacherbauer**, **Mack**, **Dr. den Orth**, **Ortloff**, **Riß**, **Sauer**, **Seisfried**, **Stücklen**, **Dr. Vogtherr** und **Wilhelm**.

Ich habe dem hohen Haus ein Schreiben der Fraktion der **WAB** mitzuteilen:

München, den 23. Oktober 1947

An das  
Präsidium des Bayerischen Landtags München.

Die bisher bestandenen Fraktionen der **WAB** und **WAB**-Opposition geben bekannt, daß die sich wiederum zu einer einzigen Fraktion vereint haben.

— Das Haus nimmt das zur Kenntnis.

Gleichzeitig bittet die Fraktion der **WAB** den Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags, den Abgeordneten **Hans Reef** als Mitglied des Präsidiums

(Schriftführer) bis auf weiteres zu beurlauben und ihn durch den Abgeordneten **Röhlig** zu ersetzen.

— Eine Beurlaubung ist nicht möglich. Auf Grund dieses Schreibens scheidet der Abgeordnete **Hans Reef** als Mitglied des Präsidiums des Landtags aus und wird ersetzt durch den Abgeordneten **Röhlig**. — Es erhebt sich kein Widerspruch; das Haus stimmt zu.

Ich habe weiter einen Dringlichkeitsantrag der **SPD** bekanntzugeben. Er lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, mit der Militärregierung sofort in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziele, die Demontagen nach Möglichkeit zu verhüten oder doch auf ein tragbares Maß zurückzuführen.

Falls dies nicht erreichbar ist, möge die Staatsregierung sich dafür einsetzen, daß zur Verhütung von Produktionsstörungen in der Gesamtindustrie und von Arbeitslosigkeit größeren Umfangs statt der Demontage einzelner Betriebseinheiten die angeforderten Produktionsmittel, Maschinen usw., auf dem Wege der Umlage beschafft werden.

Die Staatsregierung wird weiter ersucht, umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die Kosten der gesamten Demontagen auf die gesamte bayerische Industrie umzulegen und nötigenfalls notleidende Unternehmungen zu bevorzugen.

**Stock** und Fraktion der **SPD**.

Das Haus nimmt diesen Antrag zur Kenntnis. Ich habe vor, diesen Antrag seinerzeit bei der Aussprache über die Regierung mit zu behandeln. — Es erhebt sich kein Widerspruch; das Haus stimmt zu.

Der Herr Ministerpräsident möchte zunächst dem hohen Hause eine Mitteilung machen.

**Ministerpräsident Dr. Chard:** Herr Präsident! Verehrte Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Ich beabsichtige, den Herrn Staatssekretär a. D. **Dr. Andreas Grieser** zum Staatssekretär in das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge zu berufen. Herr **Dr. Grieser** ist allen als ein besonderer Sachkenner dieses Gebietes bekannt.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, die Zustimmung des hohen Hauses zu dieser Berufung herbeizuführen und, wenn das Haus zugestimmt hat, die Vereidigung des Herrn **Dr. Grieser**, der anwesend ist, vorzunehmen.

**I. Vizepräsident:** Meine Herren Abgeordneten! Sie haben die Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten gehört. Wer seine Zustimmung zu dieser Berufung

**(I. Vizepräsident)**

geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Die Gegenprobe! — Ich stelle fest, daß die Mehrheit der Berufung zugestimmt hat.

Ich bitte das hohe Haus, sich vom Platz zu erheben.

Herr Staatssekretär, ich bitte, mir die Eidesformel nachzusprechen.

Staatssekretär Dr. Grieser: Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten. So wahr mir Gott helfe.

**I. Vizepräsident:** Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich gratuliere Ihnen namens des Bayerischen Landtags zu Ihrer Berufung. In schwerster Zeit übernehmen Sie ein schweres Amt. Ich hoffe und wünsche, daß Sie Ihr Amt zum Segen des gesamten bayerischen Volkes erfüllen.

Staatssekretär Dr. Grieser: Ich danke dem Herrn Präsidenten für das gütige Wort der Einführung. Ich werde dem bayerischen, dem deutschen Volke dienen, treu und gewissenhaft, ohne Ansehen des Standes, des Bekenntnisses oder der Partei, durch soziale Gerechtigkeit, für Sicherheit und Wohlfahrt.

(Bravo! bei der CSU.)

**I. Vizepräsident:** Wir treten in die Tagesordnung ein:

**Erklärung der Staatsregierung.**

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, die Erklärung der Staatsregierung zu geben.

Ministerpräsident Dr. Ehard: Herr Präsident! Verehrte Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Im Namen der Bayerischen Staatsregierung habe ich vor dem Bayerischen Landtag unsere Grundsätze und Absichten durch eine Regierungserklärung zu umschreiben.

Die Ziele und Aufgaben der Staatsregierung sind: Der Aufbau Bayerns und die Mitarbeit am Aufbau Deutschlands.

Der Weg zu diesen Zielen, auf die sich das Streben und die Sehnsucht aller Bayern richtet, ist mit zahllosen Hemmnissen besät.

Die apokalyptischen Reiter sind über Deutschland hingeraht, und noch hat das Volk sich nicht völlig aus der Betäubung von ihren Schlägen ausgerichtet. Die Ruinen, auf die der Blick bei jedem Schritt fällt, sind eine furchtbare Warnung vor den Irrtümern und Verbrechen der Vergangenheit. Aber sie sind kein Wegweiser in die Zukunft. Verwirrt durch zwölf Jahre einer alles verzerrenden Propaganda, entkräftet durch Krieg und Hunger, in den Staub getreten durch die Niederlage, zermürbt durch Entbehrungen und Enttäuschungen und bedrückt durch die allzu lange Ungevißheit über unser künftiges Schicksal vermag unser Volk nur langsam das unselige Erbe der Vergangenheit auch seelisch und geistig zu überwinden, und, aller Verheißungen müde geworden, sucht es nur tastend einen Weg durch das Trümmerfeld der Gegenwart.

Von außen kommt uns wenig Zuversicht. Zweieinhalb Jahre sind seit dem Ende der militärischen Feindseligkeiten verfloßen und noch immer sind wir im Dunkeln über das Los Deutschlands. Wir wissen nicht, was uns bleibt und was endgültig verloren ist. Wir wissen nicht, wie weit wir in dem uns Verbleiben-

den nach unserem Ermessen werden schalten und walten können. Wir wissen nicht, wann und in welchem Umfang uns der lebendige Austausch mit anderen Völkern wieder möglich sein wird.

So stoßen wir in den großen Lebensfragen des Staates wie in den kleinsten Dingen des Alltags immer auf enge Grenzen und neue Hindernisse und können nirgends auf weite Sicht planen.

Dieser Zustand birgt in sich die gefährliche Versuchung zur Resignation. Wenn wir ihr erliegen, sind wir verloren. Die Staatsregierung sagt deshalb auf allen Gebieten der Apathie, der Gleichgültigkeit und Verzagttheit, der Nachlässigkeit und Trägheit den Kampf an.

Der oberste Grundsatz der Regierung muß lauten: Recht und Gerechtigkeit.

Wir wollen sie in unserem Volk üben und annehmen ohne Wehleidigkeit, wir wollen sie aber auch für unser Volk fordern ohne Scheu.

Jeder Staatsbürger muß endlich wieder die Gewißheit haben, daß er auf sicherem Rechtsboden steht. Je mehr Opfer und Leistungen die Zeit von jedem verlangt, um so zuverlässiger muß jeder darauf bauen können, daß die Grenzen seiner Pflichten und seiner Rechte auch vom Staate geachtet werden. Die Staatsregierung wird den Staatsbürger zur Erfüllung seiner Pflichten mit allen Mitteln anhalten, sie wird ihn aber in seiner Rechtssphäre auch mit allen Mitteln des Staates schützen.

Unser demokratisches Rechtssystem gilt für alle in gleicher Weise. Wer in unseren Grenzen lebt, der muß, mit Ausnahme der Besatzungsmacht, den Gesetzen dieses Staates unterstehen.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Die Regierung ist überzeugt, daß die Zehntausende Staatenloser oder nichtdeutscher Personen, die sich in Bayern aufhalten, ihren eigenen guten Ruf, den Abbau verderblicher Vorurteile und die Achtung vor fremdem Volkstum am wirksamsten durch die Beachtung unserer demokratischen Gesetze fördern können.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Recht und Gerechtigkeit erfordern es, daß die Untaten der Vergangenheit geföhnt werden, daß den Opfern dieser Verbrechen Wiedergutmachung, daß den Verehrten und Bombengeschädigten Hilfe zuteil wird. Durch Recht und Gerechtigkeit wollen wir die Spaltung und den Neid in unserem Volk überwinden, zur Versöhnung und zum inneren Frieden kommen, damit der Deutsche im Deutschen wieder den Bruder und nicht den Feind zu sehen lerne.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Mit dem Geist der Gerechtigkeit, der Zuversicht, der Tatkraft und der Verantwortungsfreude will die Regierung auch den ganzen Staatsapparat, insbesondere die Beamten und die Polizei erfüllen. Sie wird nicht zulassen, daß hinter dem Schlagwort von der Not sich eigene Entschlußlosigkeit und Trägheit verstecken. Jeder, der dem Staate dient, muß den gesunden Ehrgeiz haben, in seinem Pflichtenkreis auch ohne Weisung von oben Gutes zu leisten, Mängel zu beseitigen, praktische Verbesserungen zu finden und sein Verdienst nicht nach dem Papierverbrauch zu messen.

(Zustimmung bei der CSU.)

(Ministerpräsident Dr. Chard)

Das bayerische Volk hat seinen Beamten und seiner Polizei schon viel zu danken. Die Staatsregierung vertraut darauf, daß die Pflichttreue dieser den Staat mittragenden Einrichtungen sich auch in den kommenden Belastungsproben bewähren wird.

Unseren Staat wollen wir ausbauen, wie es die Verfassung vorsieht und wie es die Aufgaben der Zeit erfordern. Wir betrachten den Staat als die lebendige Gemeinschaft aller Staatsbürger, nicht als seelenlosen Moloch, der rücksichtslos über die Wünsche und Rechte des Einzelmenschen hinweggeht.

Aus Ehrfurcht vor der Menschenseele und belehrt durch grausame Erfahrungen der Vergangenheit, verwerfen wir die Staatsallmacht, die sich anmaßt, alle Gebiete des Lebens beherrschend zu regeln.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Auch die bestgeschulte Bürokratie muß in der Summe ihrer Leistungen hinter den Ergebnissen vernünftig geleiteter Einzelinitiativen zurückbleiben. Die Staatsregierung wird deshalb die Steuerung auf allen Gebieten, wo sie notwendig ist, so gestalten, daß dem privaten Unternehmungsgeist ein weitgestecktes Feld bleibt und daß behördliche und private Initiative sich gegenseitig ergänzen und befruchten können.

Wenn eine Aufgabe unsere eigenen Kräfte übersteigt, werden wir sie der Militärregierung unterbreiten müssen. Die Militärregierung hat uns in der Ernährung, in der Wirtschaft, im Transportwesen und auf anderen Gebieten immer wieder wertvolle Hilfe gewährt. Es ist mir eine Ehrenpflicht, ihr und dem ganzen amerikanischen Volk hiermit auch vor der Volksvertretung und vor der Öffentlichkeit den Dank des bayerischen Volkes und seiner Regierung für alle Hilfeleistungen auszusprechen. Wir sind überzeugt, daß die Militärregierung auch künftig unserem ernstesten Willen und unseren wohlbegründeten Vorschlägen Verständnis entgegenbringen wird.

Nach diesen grundsätzlichen Darlegungen wende ich mich den Gegenwartsproblemen zu. Ich beschränke mich dabei auf die knappe Darstellung des Wesentlichen. Die Beratung der Haushalte der Ministerien und der von der Staatsregierung einzubringenden Gesetzesentwürfe wird in Kürze Gelegenheit geben, alle Einzelheiten gründlich zu erörtern.

Im Vordergrund aller Erwägungen und Pläne stehen die Fragen:

Was können wir zur Überwindung oder mindestens zur Milderung der schweren Not tun, die uns im bevorstehenden Winter so beängstigend bedroht?

Oder wenn Sie das aufteilen wollen:

Was werden wir essen?

Was können wir zum Anziehen bekommen?

Wie werden wir in unseren Wohnungen die Kälte des Winters überstehen?

Wieviele Stunden müssen wir jeden Tag im Dunkeln sitzen?

Wird unserer Hände Fleiß Arbeitsmöglichkeiten haben oder müssen wir untätig feiern, weil Elektrizität und Dampfkraft für unsere Industrie und unser Gewerbe fehlen?

Wenn ich nun auf diese Fragen im einzelnen eingeehe, so kann ich sie doch nicht nur nach der Not des Augenblicks beurteilen und beantworten. Wir müssen

bei unseren Maßnahmen und Plänen auch in die Zukunft schauen und versuchen, die Glendjahre zugleich zu aufbauenden Übergangsjahren zu machen, die uns und unseren Kindern in der Zukunft wieder ein menschenwürdiges Leben sichern.

Die erste Frage: Was werden wir essen?

Bayern hat unter Zurückstellung eigener Bedürfnisse bisher in sehr großem Umfang Zuschüsse nach Württemberg-Baden, nach Hessen, nach Nordrhein-Westfalen und nach Berlin geleistet. Darum mußten wir für unsere Bevölkerung von 1000 Gramm Fleisch in der Versorgungsperiode auf 400 Gramm zurückgehen und von 300 Gramm Fett auf 150 Gramm.

Bayern ist in nahezu unerträglich gewordener Weise überbevölkert, indem unsere Grundbevölkerung von rund  $6\frac{1}{2}$  Millionen nunmehr ihr Brot noch teilt mit ungefähr  $2\frac{1}{2}$  Millionen Flüchtlingen, Evakuierten aus anderen Besatzungszonen und verschleppten Ausländern. Wir hatten weiterhin in diesem Jahr eine Trockenheit, wie sie seit nahezu zwei Jahrhunderten nicht mehr zu verzeichnen war. So sind wir aus einem Lieferland zu einem Zuschußland für wichtige Erzeugnisse geworden! Unser Brotgetreide reicht nur für fünf bis höchstens sechs Monate. Unsere Kartoffelernte hat nur 50 Prozent des Vorjahres ergeben. Zuschußgebiet ist Bayern auch für Nährmittel, Zucker, Obst und Gemüse und wegen der durch die Dürre erzwungenen Verminderung des Viehbestandes sogar für Fett.

Den Folgen dieser Tatsachen kann zunächst nur begegnet werden durch erhöhte Ablieferung und durch Einschränkung des eigenen Verbrauchs der Erzeuger. Die Selbstversorgerfälle sind den allgemeinen Verbraucherfällen immer mehr angeglichen worden. Neuerdings wurden die Selbstversorgerfälle für Kartoffeln und Fett gekürzt, um 50 Prozent wurde auch die Rückgabe von Magermilch durch die Molkerieen gekürzt. Damit liegen nun die Selbstversorgerfälle der Landwirte zum Teil unter den Sätzen der Schwerarbeiter. Unerlässlich notwendig sind schärfste Erfassung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse, ihre planmäßige Verteilung und die Bekämpfung des schwarzen Lebensmittelhandels.

Die bayerische Staatsregierung erkennt die bisherigen Leistungen der bayerischen Landwirtschaft dankbar an und sie hat das Vertrauen, daß die bayerische Landwirtschaft die durchgreifenden Maßnahmen verstehen und unterstützen wird, die angesichts des Hungers in den Städten in den nächsten Monaten durchgeführt werden müssen. Sie begrüßt die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Gewerkschaften und dem Bauernverband mit Vertrauen und in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit zwischen Erzeugern und Verbrauchern eines der wichtigsten Mittel zur Überwindung der Not ist.

Bei den bizonalen Stellen für Ernährung wird die Staatsregierung darauf drängen, daß in allen deutschen Ländern die gleichen Erfassungsmethoden angewendet werden. Einseitige Verordnungen und Diktate widersprechen nicht nur dem demokratischen Geist und dem demokratischen Aufbau des neuen Deutschland, sondern gefährden auch einen gerechten Ausgleich unter den Ländern. Aus eigener Kraft können wir für den Augenblick nichts mehr weiter erreichen. Wir müssen deshalb die Militärregierung bitten, das rechtzeitige Eintreffen der zugesicherten Ein-

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

fuhre aus den Vereinigten Staaten sicherzustellen und insbesondere in unserem Verkehrsweisen die große Güterbewegung an Lebensmitteln und sonstigen dringenden Bedarfsgegenständen zu berücksichtigen.

Und noch etwas muß hier ausgesprochen werden: Die amerikanischen Lebensmittelzuschüsse für die vereinigte britisch-amerikanische Zone werden bei nur 1550 Kalorien pro Kopf und Tag mit rund fünf Millionen Tonnen für ein Ernährungsjahr berechnet. Sie entsprechen einem Geldwert von rund 800 Millionen Dollar; das ist nach der am meisten üblichen Umrechnungsformel ein Wert von acht Milliarden Mark, gemessen mit dem Maßstab unseres jetzigen Geldsystems. Wir Deutschen können billigerweise eine so beträchtliche Hilfe nur dann mit gutem Gewissen in Anspruch nehmen, wenn wir selbst alles aufbringen, was wir aus eigener Kraft leisten können, und wenn wir untereinander hilfsbereit sind.

Hier ist es auch notwendig, eine grundsätzliche Erkenntnis und unerbittliche Tatsache festzustellen:

Ohne die deutschen Versorgungsgebiete im Osten, ohne die Möglichkeit einer Lebensmitteleinfuhr aus den umliegenden außerdeutschen Staaten und ohne eine bedeutende Produktionssteigerung werden wir allein, aus eigener Kraft, unsere Ernährungslage nicht wesentlich verbessern können.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Die Erhaltung einer bodenständigen bayerischen Landwirtschaft und eines gesunden Bauerntums muß eine Haupt Sorge der Staatsregierung sein. Dazu ist vor allem nötig der wirksame Schutz des bäuerlichen Eigentums und die Beschaffung der nötigen Betriebsmittel wie Kunstdünger, Saatgut, Maschinen und Geräte.

Für das vom 1. Juli 1947 bis 30. Juni 1948 laufende neue Düngemitteljahr glaubt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die vorgesehene Versorgung mit 65 Prozent der phosphorsäurehaltigen und mit 77 Prozent der kalihaltigen Düngemittel — verglichen mit der Friedensversorgung von 1938/39 — erreichen zu können, wenn nicht in den kommenden Wintermonaten außergewöhnliche Störungen bei den Düngemittelwerken oder in den Transportmitteln eintreten. Die wichtige Stickstoffversorgung dagegen ist für Bayern sehr unbefriedigend. Das für Bayern besonders wichtige Stickstoffwerk Trostberg mußte wegen Strommangels seine Erzeugung schon im September wieder stark einschränken und es besteht gegenwärtig wenig Aussicht auf Besserung. Auch bei den salpeterhaltigen Düngemitteln ist keine merkliche Besserung gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Daher hat die bayerische Staatsregierung zur Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln ein aus vier Punkten bestehendes Programm bei den einschlägigen bizonalen Stellen und bei der Militärregierung unterbreitet. Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat für Saatgetreide die Fläche von 30 000 Hektar auf 43 000 Hektar erhöht, für Kartoffeln von 6800 Hektar auf 14 800 Hektar.

Trotzdem sind wir bei Saatgut auf die Hilfe des Auslandes angewiesen, insbesondere infolge der Ausfälle durch die Dürre dieses Jahres. Wir brauchen im nächsten Frühjahr allein an Futterfämereien fol-

gende Mengen von außerhalb Bayerns, zum Teil sogar von außerhalb Deutschlands:

Kleesaaten	3 500 Tonnen
Saatmais	15 000 Tonnen
Hülsenfrüchte	25 000 Tonnen.

Dazu kommt noch ein Zuschußbedarf an Kartoffel-Pflanzgut von 200 000 Tonnen, da wir aus eigener Ernte bestenfalls 700 000 Tonnen Saatkartoffeln bereitstellen können, aber unbedingt 900 000 Tonnen auslegen müssen, um im Frühjahr 1948 die von der amerikanischen Militärregierung verlangte Fläche anbauen zu können. Die genannten Ziffern an Saatgut stellen gleichzeitig das Programm dar, das unser Landwirtschaftsministerium durch Verhandlungen mit Ländern der anderen Zonen und mit der Militärregierung in die Tat umsetzen muß.

Die Klagen über das Fehlen der nötigen Maschinen, Geräte und Ersatzteile für den landwirtschaftlichen Betrieb sind nicht geringer geworden. Die Schwierigkeiten wegen Verringerung der elektrischen Kraft haben sich erhöht.

Die große Dürre macht die Aufrechterhaltung des bisherigen bayerischen Viehbestandes unmöglich. Viel größere Mengen von Schlacht- und Leistungsvieh müssen abgebaut werden, als einer rationalen Viehhaltung entspricht. Die Struktur der bayerischen Landwirtschaft wird hierdurch wesentlich verändert.

Nach einer vom Landwirtschaftsministerium mit der Militärregierung getroffenen Vereinbarung sollte der Bestand an Rindern im Alter von mehr als drei Monaten bis zum 1. Dezember 1947 um 10 Prozent der am 1. Dezember 1946 vorhandenen Zahl verringert werden. Dadurch wollte man zu einer als Normalstand anzuspreekenden Viehhaltung kommen. Infolge der aus der großen Dürre herrührenden Futtermittelnot muß nun aber der Viehbestand allgemein weit über 10 Prozent hinaus, nämlich bis zu 25 Prozent — in ausgesprochenen Dürregebieten sogar bis zu 40 Prozent — verringert werden.

Das Fleisch muß durch Konservierung gestapelt werden, zum Teil sogar durch Wegtransport bayerischen Viehs nach außerhalb Bayerns und Abschachtung und Konservierung am Zielort. Die bayerische Staatsregierung hat beim Verwaltungsamt für Ernährung und Landwirtschaft die Forderung erhoben, daß bei der durch den Viehabbau bedingten Vorratsbildung die in Bayern und außerhalb Bayerns gelagerten Vorräte erst dann zur Fleischversorgung herangezogen werden dürfen, wenn die anderen Länder ihre Schlachtviehumlagen voll abgeliefert haben.

(Sehr richtig!)

Es wäre unbillig, wenn andere Länder, die nicht in gleicher Weise wie wir von der Dürre betroffen wurden, durch bessere Futterverhältnisse ihren Viehstand auf Kosten Bayerns schonen könnten.

Zu den Aufgaben auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung und der gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung gehört auch die Bodenreform. Die durch das Bodenreformgesetz notwendig gewordenen Verwaltungseinrichtungen sind jetzt arbeitsfähig. Die Staatsregierung hat der Militärregierung die technischen Schwierigkeiten zur Kenntnis gebracht, die der Ausführung des Gesetzes bis zum 31. Dezember 1947 entgegenstehen. Auf einige wichtige Umstände möchte ich noch hinweisen: Von 65 000 Hektar Wehr-

(Ministerpräsident Dr. Chard)

machtländereien sind bisher nur 11000 Hektar, also rund 18 Prozent, pachtweise von der Militärregierung zur landwirtschaftlichen Nutzung freigegeben. Eine Übertragung des Eigentums ist durch das Gesetz Nr. 52 bisher leider noch nicht möglich.

Ebenso ist durch dieses Gesetz der landwirtschaftliche Grundbesitz der öffentlichen Hand zur Zeit noch blockiert. Ebenso steht es mit den Ländereien der NSDAP, ihrer Gliederungen und ihrer Mitglieder. Nach dem Bodenreformgesetz wären gerade diese genannten Klassen von Grundbesitz in erster Linie für Siedlungszwecke bereitzustellen.

Von den 7400 Hektar, die von den Großgrundbesitzern als freiwilliges Angebot zur Verfügung gestellt werden, hat die Bayerische Landesfiedlungs-GmbH. — Gesellschafter sind der Bayerische Staat und die bayerischen Bankinstitute — bereits 3098 Hektar, also 40 Prozent, käuflich erworben und hat begonnen, auf diesen Ländereien Flüchtlingsfamilien einzusetzen.

Die zweite Frage: Was können wir zum Anziehen bekommen?

Die Versorgung unserer Bevölkerung mit Textilwaren ist abhängig von der Freigabe der entsprechenden Rohstoffe durch das bizonale Verwaltungsamt für Wirtschaft und außerdem von der Leistungsfähigkeit der Produktion. Durch verschiedene Maßnahmen ist es gelungen, für die Bevölkerung Bayerns im vierten Quartal 1947 die gleiche Punktmenge wie bisher zu sichern, nämlich 27 Millionen Punkte für die Erwachsenen und 1,5 Millionen Punkte für Säuglinge, Kleinkinder und Kleinkinder im Quartal. Für die ausgegebene Punktmenge wird ein entsprechender Bestand gesichert. Wie sich die Versorgung künftig gestalten wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Bayern ist nämlich verpflichtet, im Rahmen des Bergarbeiter-Punktsystems bis Ende 1947 nicht weniger als 20 Millionen Textilpunkte für die Ruhrbergarbeiter zur Verfügung zu stellen. Dies entspricht ungefähr einer Quartalsversorgung der bayerischen Bevölkerung. Wir helfen auf diese Weise gerne bei der erhöhten Förderung der Rohle mit. Wir möchten aber auch unsererseits gerne mit einem entsprechenden Anteil aus der Mehrerzeugung des Ruhrgebietes bedacht werden.

(Sehr richtig!)

Bayern trägt außerdem vierteljährlich zur Versorgung des US-Sektors Berlin 1,5 Millionen Punkte bei, was im ganzen, auf das Jahr gerechnet, wiederum sechs Millionen Punkte, also eine weitere Monatsversorgung für die bayerische Bevölkerung ausmacht. Schließlich muß unter allen Umständen der notwendigste Bedarf für die Heimkehrer aus Rußland sichergestellt werden.

Zur Zeit finden mit einzelnen Industriefirmen und mit den Verbänden der Textilindustrie Besprechungen statt mit dem Ziel, alle verfügbaren Bestände für die Versorgung der Zivilbevölkerung zugänglich zu machen. Die Besserung der Gesamtversorgung der Bevölkerung ist ausschließlich ein Problem der Produktion. Die eigene Produktion an Textilrohstoffen reicht aber nicht aus. Das Staatsministerium für Wirtschaft wird daher alle Anstrengungen unterstützen, die Einfuhr geeigneter Rohstoffe zu fördern. Unsere Erzeugerbetriebe sind aufnahmehbereit und groß genug, um die Versorgung der gesamten Bevölkerung sicherzustellen.

Die Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit Schuhen war bisher höchst unzureichend. Im ersten Halbjahr 1947 konnten nur 1,3 Millionen Paar Lederschuhe, d. h. je 100 Einwohner 14 Paar Lederschuhe, verteilt werden. Ein Großteil der Schuhe diente schon wie im Vorjahre zur Versorgung von besonderen Bedarfsgruppen, wie Flüchtlingen, Bergarbeitern und anderen bevorrechtigten Arbeiterkategorien. Zahlreiche Kinder können im Winter die Schule nicht besuchen, weil sie einfach keine Schuhe haben. Für den Normalverbraucher verblieb daher nur eine außerordentlich geringe Versorgung. Die Aussichten für die nächsten Monate sind dadurch beeinträchtigt, daß infolge der Stromkrise eine Reihe von Fabriken nur eingeschränkt arbeiten kann. Außerdem muß Bayern bis Ende des Jahres für das Ruhrpunktsystem einige hunderttausend Paar Schuhe bereitstellen. Dennoch wird das Staatsministerium für Wirtschaft versuchen, in den nächsten Monaten mehr Schuhe als bisher zur Verteilung zu bringen, und zwar unter Rückgriff auf die bei den Fabriken und in den Zwischenstufen noch vorhandenen Vorratsbestände und durch Hereinholen der restlichen Schuhrückstände von Württemberg-Baden aus der zonalen Leder- und Schuhbewirtschaftung. Besonders wichtig ist in den kommenden Wintermonaten die Belieferung der Bevölkerung mit Schuhreparaturmaterial. Der bescheidene Satz von 20 Gramm je Kopf und Monat wird in den kommenden Wintermonaten auf alle Fälle als Mindestsatz aufrechterhalten werden. Es wird versucht, diesen Satz während der besonders kritischen Monate zu erhöhen. Der Häuteanfall aus den gegenwärtigen überhöhten Vieh Schlachtungen kann sich für die Schuhversorgung im kommenden Winter nicht mehr auswirken, da die Bearbeitung zu lange Zeit in Anspruch nimmt. Eine endgültige Besserung auf dem Leder- und Schuhgebiet setzt voraus, daß Häuteimporte aus dem Ausland gestattet werden. Auch hier wird das Staatsministerium für Wirtschaft alles tun, um derartige Bemühungen auf bizonaler Basis zu unterstützen.

Soweit das abzustößende Schlachtvieh außerhalb Bayerns geschlachtet und verwertet wird, entsteht für die bayerische Lederindustrie ein bedeutender Ausfall, weil die Häute nicht zurückgeliefert werden. Die Leimindustrie verliert die Horn- und Knochenanteile und der Ernährungsminister bucht mit schmerzlichem Bedauern außerdem den Wegfall der Innereien, die in Bayern immer eine willkommene Ergänzung der Fleischgerichte darstellten. Wir hoffen aber, daß wir im Zuge der weiteren Entwicklung einen gerechten Ausgleich herbeiführen können.

Die dritte Frage, die uns bewegt: Wie werden wir in unseren Wohnungen die Kälte des Winters überstehen?

Die Brennstofflage ist in diesem Jahre im allgemeinen günstiger als vor dem letzten strengen Winter. Nach dem Hausbrandplan für den Winter 1947/48 sollen rund 1392000 Haushalte mit je drei Ster Holz versorgt werden. Die dazu erforderliche Holzmenge steht planmäßig aus dem Gesamteinschlag des Holzwirtschaftsjahres 1946/47 zur Verfügung. Bis Ende 1947 könnte sogar der tatsächliche Einschlag der Bedarfsmengen durchgeführt werden, wenn es gelingt, die notwendigen Arbeitskräfte zu bekommen. Man kann nicht alles nur von der staatlichen oder gemeindlichen Seite her erwarten. Eigene Mitwirkung der arbeitsfähigen Holzbezieher und die Betätigung von echtem Gemeinschaftsinn innerhalb der

(Ministerpräsident Dr. Chard)

einzelnen Ortschaften sind hier besonders notwendig. Die Abfuhr des bereitgestellten Brennholzes bereitet erhebliche Schwierigkeiten, die zu überwinden nur in Zusammenarbeit der Wirtschaftsbehörden mit den Verkehrseinrichtungen und mit dem Staatsministerium für Arbeit möglich ist, und zwar auch nur dann, wenn uns von Seiten der Besatzungsbehörde tatkräftige Unterstützung zuteil wird. Aus eigener Kraft können wir zur Verminderung der Verkehrsschwierigkeiten ebenfalls einiges beitragen, und die Staatsregierung wird es an Energie nicht fehlen lassen, diese Verbesserungen zu schaffen.

Eine Augenblicksmaßnahme von immerhin wesentlicher Bedeutung ist die Beschleunigung in der Entladung der ankommenden Eisenbahnwagen durch Bereitstellung von Arbeitskräften und von Lastkraftwagen für die Abfuhr. Ein so erreichbarer schnellerer Umlauf der Eisenbahnwagen würde dem Güterverkehr fühlbare Erleichterungen bringen. Von Wichtigkeit ist auch die schärfere Überwachung der Lastkraftwagen auf den Landstraßen. Man sieht so viele Lastkraftwagen leer oder nicht wirklich ausgenützt und man legt sich immer wieder die Frage vor, woher kommen sie und wohin fahren sie nun eigentlich?

(Sehr richtig!)

Ich darf hier der Militärregierung im Namen der Staatsregierung aufrichtig danken für die zugesagte und zum Teil schon in die Tat umgesetzte Unterstützung bei der Bewältigung der Herbst- und Wintertransporte auf den verschiedensten Gebieten. Es wäre eine beschämende Tatsache, wenn die Hilfe der Militärregierung nicht voll wirksam werden könnte, weil wir aus unserer eigenen Bevölkerung heraus nicht die notwendigen Arbeitskräfte bereitstellen könnten.

Mit Torf und Kohle sind rund 922 000 Haushalte zu versorgen. Der vom Verwaltungsamt für Wirtschaft in der Bizone aufgestellte Hausbrandplan sieht vor, daß jeder Haushalt mit 10½ Zentner Steinkohleneinheiten beliefert werden soll. Dabei werden alle Ausweichbrennstoffe, wie zum Beispiel Torf, entsprechend angerechnet. Die dafür notwendige Kohle ist mit 92 Prozent auf dem Papier zugeteilt. Die tatsächliche Lieferung für die Zeit vom April bis einschließlich September 1947 aber beträgt nur rund 69 Prozent. Man muß befürchten, daß auch für das letzte Quartal 1947 und das erste Quartal 1948 die wirklichen Lieferungen an Hausbrandkohle auch nur etwa 70 Prozent betragen werden. Somit würde sich tatsächlich eine Versorgung der Haushalte nur mit 7½ Zentnern Steinkohleneinheiten oder 11¼ Zentnern Braunkohlenbriketts für den Winter-Durchschnitt, das sind also etwa zwei Drittel der Planziffern, ergeben. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft wird alle Anstrengungen machen, um eine Erhöhung der tatsächlichen Anlieferung zu erwirken. Der Erfolg ist aber davon abhängig, daß die Kohlenförderung an der Ruhr auch dank unserer Mithilfe und Aufwendungen, tatsächlich eine beachtliche Mindesthöhe erreicht, daß das bizonale Wirtschaftsamt uns die Kohle zuweist und daß sie durch die bizonalen Verkehrseinrichtungen wirklich geliefert wird.

Gerade bei der Versorgung mit Heizmitteln ist es wichtig, daß wir nicht nur die Not dieses unmittelbar vor uns liegenden Winters erträglich zu überwinden trachten, sondern daß das Gesicht unserer Planungen

und Bemühungen mit besonderer Klarheit sich in die Zukunft richtet. Es handelt sich bei der Inanspruchnahme von Holz für Brennwecke nicht nur einfach um eine Austauschfrage gegenüber Kohle und Braunkohle. Holz ist nur in kleineren Mengen der gegebene Brennstoff. Holz ist in weitestem Umfang ein Rohstoff für bedeutende Industriezweige. Seit zwölf Jahren wird in Bayern eine Übernutzung durchgeführt und die hiebreifen Holzvorräte unserer heimischen Wälder sind nahezu erschöpft. Jährlich wachsen in Bayern 5,7 Millionen Festmeter zu; der jährliche Holzeinschlag beträgt aber bereits 11 Millionen Festmeter, also rund das Doppelte des Zuwachses, und so leben wir bei Holz schon seit zwölf Jahren von der Substanz. Das ist für die britische Zone genau so wichtig wie für unser eigenes Land; denn bisher wurde mit dem bayerischen Holz auch ein wesentlicher Teil des holzarmen und dabei industriereichen Nordens der Doppelzone versorgt. Wenn das Industriegebiet der britischen Zone auch in Zukunft aus Bayern Holz beziehen will, ist erste Voraussetzung dafür, daß man uns Kohle für Heizwecke liefert. (Sehr richtig!)

In den zwei Jahren der Nachkriegszeit wurden jährlich nicht weniger als acht Millionen Festmeter Holz, das seiner Güte nach als Nutzholz hätte verwendet werden müssen, für Brennwecke benützt. Diese Verluste können bei der Untriebszeit unserer bayerischen Wälder erst in 80 bis 90 Jahren wieder ersetzt werden, also günstigstenfalls in der dritten Generation.

Sehr große Sorgen bereitet der bayerischen Staatsregierung die Tatsache, daß wir jetzt schon über 100 000 Hektar früheres Waldland in Bayern haben, die kahl geschlagen, aber noch nicht wieder aufgeforstet sind.

(Hört!)

Zu allem Unglück hat sich durch die Unmöglichkeit der rechtzeitigen Abfuhr und Entrindung der Hölzer in Bayern eine Borkenkäfergefahr in den Fichtenwäldern entwickelt, der bisher schon gegen zwei Millionen Festmeter wertvollen Stammholzes zum Opfer gefallen sind. Eine planmäßige Bekämpfung dieser Gefahr ist eine dringliche Aufgabe unserer Forstverwaltung.

Die bayerische Staatsregierung wird die Holzwirtschaft eingliedern in ein Gesamtprogramm der bayerischen Wirtschaft, in ein Versorgungsprogramm für den Export, für die Aufträge der Reichsbahn und für den Ruhrbergbau. Sie wird insbesondere an all diese Wirtschaftszweige und an die Vernunft der Industrie appellieren, ihr planmäßiges Wirtschaften zu ermöglichen. Die bayerische Staatsregierung und insbesondere die beiden beteiligten Ministerien sehen es als unerlässlich an, daß vom Frühjahr ab die Bauwirtschaft und der zivile Verbrauch wieder hinreichend versorgt werden. Ein Ausbau der Erfassungs- und Lenkungsmaßnahmen in der ganzen Holzwirtschaft ist im Gange. Um zu klaren, der Allgemeinheit dienenden Erfolgen zu gelangen, wird die Staatsregierung eigensüchtige Hortung von Holzbeständen mit Nachdruck zu unterbinden wissen.

(Sehr richtig!)

Für die Bevölkerung besonders der größeren Städte werden Hunger, Kälte und auch Dunkelheit sehr oft zusammentreffen. Es werden darum rechtzeitig Wärmestuben vorzubereiten sein, in denen die Betreuten auch mindestens eine warme Suppe bekommen können, und für schwere Notfälle ist die Möglichkeit

(Ministerpräsident Dr. Chard)

von Massenverpflegung vorzubereiten, die den Einzelstehenden mehr bieten kann als die offizielle Markenzuteilung, und die auch Personen beibringen kann, denen keine eigene Kochgelegenheit zur Verfügung steht. Die Kantinenverpflegung wird besonders zu fördern sein, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, daß in manchen Betrieben damit auch für einen Aufenthalt außerhalb der Arbeitszeit ein gewärmer Raum vorhanden ist.

Wir werden bei der Organisation dieser Hilfsmaßnahmen in starkem Maße an das Verantwortungsbewußtsein und die Initiative unserer Gemeindeverwaltungen und der Wohlfahrtsverbände appellieren müssen.

Die nächste Frage lautet:

Wieviele Stunden müssen wir jeden Tag im Dunkeln sitzen? Wird unserer Hände Fleiß Arbeitsmöglichkeiten haben oder müssen wir untätig feiern, weil Elektrizität und Dampfkraft für unsere Industrie und unser Gewerbe fehlen?

Wir haben dieses Jahr eine Tatsache zu verzeichnen, die, seit es meteorologische Aufzeichnungen gibt, noch niemals eingetreten ist, nämlich, daß auf einen monatelangen harten Winter ein gerade so monatelang dauernder niederschlagsloser Sommer und Herbst folgte. Besonders stark sind innerhalb dieser allgemein deutschen Tatsachen einzelne Teile von Bayern betroffen. Von der Einwirkung auf die Ernährungslage habe ich bereits gesprochen. Aber gerade so tragisch ist die Wirkung auf Industrie und Gewerbe, auf die maschinellen Einrichtungen in der Landwirtschaft und mit besonderer Härte auch auf die Haushaltungen, auf das ureigenste Gebiet der Verbraucher. Soweit der elektrische Strom aus ausgebauten Wasserkräften gewonnen wurde, ist Woche um Woche ein weiteres Absinken erfolgt. Der Grundwasserspiegel ist sehr stark abgesunken. Die Reservespeicher sind erschöpft, unsere Wasserläufe kriechen seicht und mit kümmerlichem Gefälle dahin. Die elektrische Kraft ist in solchem Umfang begrenzt, daß lebenswichtigste Industriezweige nur in beschränktem Umfang arbeiten können. Die Verwendung von elektrischen Heiz- und Haushaltgeräten ist unmöglich gemacht, und wir werden viele Stunden im Dunkeln sitzen. Hilfe kann nur aus den Elektrizitätswerken kommen, wo die Trockenheit nicht so katastrophale Ausmaße angenommen hat oder wo Kohle zum Betrieb der Kraftwerke zur Verfügung steht. Aber auch in den mit Kohle betriebenen Kraftwerken ist die Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt, wenn man beim Abtransport der Kohle auf den Wasserweg angewiesen ist. Diese Beeinträchtigung des Wassertransportes ist auch einer der Gründe, warum die Versorgung wichtigster Betriebe, wie Krankenhäuser und Lebensmittelbetriebe, mit Koks und Kohle nur mit größter Mühe aufrechterhalten werden kann.

Auf dem Gebiet der Kraftversorgung von Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Privathaushaltungen kann die Staatsregierung im Augenblick keine Erfolgssicherungen machen, weil sie in allen wesentlichen Punkten abhängig ist von Faktoren, die außerhalb ihrer eigenen Wirkungsmöglichkeit liegen.

Ich darf mich nun noch einigen anderen besonders wichtigen Fragen zuwenden.

Die sachlich und menschlich vielseitigste von allen Aufgaben der Staatsregierung ist nach wie vor die Flüchtlingsfrage. Der Flüchtling muß zunächst

das bittere Gefühl verlieren, daß er ein heimatloser Fremdling ist. Er soll Wurzel schlagen in unserem Land und in unserem Volk. Das ist aber nur möglich, wenn man ihm ein Arbeitsfeld gibt, auf dem er seine ererbte und erprobte Tüchtigkeit wieder bewähren und sich aus eigener Kraft ein neues Leben und eine neue Heimat aufbauen kann.

Das große Hauptziel ist die Eingliederung der Heimatvertriebenen in die bayerische Wirtschaft und die organische Verschmelzung von Fremden und Einheimischen.

Nur wenn wir uns diesem Endzustand durch schrittweise Entwicklung Jahr um Jahr fühlbarer nähern, kann unsere Arbeit in der Verwaltung, im Gesundheits- und im Erziehungswesen als befriedigend angesehen werden. Im ganzen genommen müssen wir das Flüchtlingsproblem als eine, wenn auch verhältnismäßig langdauernde, so aber doch immerhin als Übergangsfrage ansehen, die etappenweise bewältigt werden muß. Neben Augenblicksmaßnahmen zur Behebung dringlicher Notstände muß auch eine Generalplanung geschaffen und in die Tat umgesetzt werden für die Endlösung. Schon jetzt aber sehen wir, daß eine einigermaßen befriedigende Lösung des Flüchtlingsproblems nicht mit den Mitteln Bayerns allein, auch nicht im Zusammenwirken der deutschen Länder überhaupt, erzielt werden kann, sondern nur mit internationaler Hilfe. (Sehr richtig!)

Denn die Einfügung der heimatvertriebenen Menschen in das neue Deutschland bedeutet, daß ungefähr 14 Millionen Menschen in ein sehr verkleinertes Deutschland hineingedrängt wurden, noch dazu ungleichmäßig verteilt und ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten in den einzelnen Teilen.

Für uns in Bayern ergibt sich nach dem Stand vom 15. August 1947 folgendes Bild. Es wurden gezählt:

1 781 700	Heimatvertriebene aus dem Ausland, hauptsächlich aus der Tschechoslowakei und aus den deutschen Gebieten östlich der Oder,
287 300	Evakuierte aus anderen deutschen Ländern,

zusammen 2 069 000 Menschen.

Hierzu treten noch 137 800 Ausländer, die nicht von der IRO betreut werden, und 329 000 innerbayerische Evakuierte, deren in Bayern gelegene Wohnungen zerstört wurden und die vorläufig noch nicht an ihren ehemaligen Wohnsitz zurückgeführt werden konnten. Das sind also im ganzen über 2½ Millionen Menschen, die aus den gewohnten Bahnen ihrer Lebensarbeit herausgerissen sind und neu Wurzel schlagen sollen. Wir hoffen, daß die künftigen Friedensverhandlungen allen Heimatvertriebenen die Rückkehr in ihre alte Heimat wieder ermöglichen.

(Bravo!)

Die durch das Flüchtlingsgesetz geschaffenen gesetzgeberischen Voraussetzungen werden auf Grund der bisher gewonnenen Erfahrungen in zwei Richtungen zu ergänzen sein:

1. Die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wohnungs- und Flüchtlingswesens, die bisher getrennt beim Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge einerseits und beim Staatsministerium des In-

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

nern andererseits liegen, müssen in einer Hand zusammengefaßt werden. (Sehr richtig!)

2. Aus wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsmäßigen Gründen wird eine Umquartierung von Heimatvertriebenen notwendig werden, ohne die weder ein planmäßiger Aufbau der Flüchtlingsindustrie noch eine Lenkung des Arbeitseinsatzes möglich wäre.

Auf die Errichtung von größeren Siedlungen für die Flüchtlinge und Ausgewiesenen, und zwar unter Verwendung ehemaliger Truppenübungsplätze und sonstigen bisher unbesiedelten Geländes wird besonders Gewicht zu legen sein. Diese Siedlungen sollen gleichzeitig zur Wiedererrichtung der Flüchtlingsindustrien dienen.

Der Angelpunkt wird ein Beschäftigungsplan sein, in welchem neue Industrien oder umfangreichere Eingliederungen von Flüchtlingen in bestehende Industrien vorzusehen sind. Gemäß dem Standort für die in Aussicht genommenen industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Siedlungen ist dann der Einbau in die Bevölkerung der neuen Heimat durchzuführen. In gewissem Umfang können wohl geschlossene Siedlungen errichtet werden. In vielen Fällen wird bei bestehenden Ortschaften eine Ergänzung durch neue Siedlungsviertel in Betracht kommen, in allen Fällen aber eine bedeutende Verstärkung des Wohnungsbaues.

(Sehr richtig!)

Diese notwendige Planung wäre zweckmäßigerweise unter Heranziehung aller geeigneten Kräfte vorzunehmen, die in einem gemischten Gremium zusammengefaßt werden könnten. Es müßte bestehen aus Vertretern der Staatsregierung, des Landtags, der Flüchtlingsvertretungen und Sachleuten.

In Verbindung mit diesen Maßnahmen wäre in manchen Orten auch eine Überprüfung zweckmäßig, inwieweit fremde Dauergäste, namentlich auf dem Land, wirklich zumutbare Arbeit leisten oder unter Vorwänden sich solcher Arbeit entziehen.

(Sehr richtig!)

Neue schwierige Aufgaben sind der Verwaltung für das Flüchtlingswesen durch das Einströmen einer großen Anzahl illegaler Grenzgänger, vorwiegend aus der russischen Zone, und durch die Betreuung der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft erwachsen. Man wird daran gehen müssen, die Überführung der bisher als reine Sonderverwaltung eingerichteten Flüchtlingsverwaltung in die allgemeine Verwaltung vorzubereiten.

(Sehr richtig!)

Hier sei auch noch angefügt, daß die Zahl der displaced persons, also der sogenannten verschleppten Ausländer, gegenwärtig 367 173 beträgt, von denen 229 388 in Lagern leben und 137 785 in Privatwohnungen untergebracht sind.

Die Zusammenballung von soviel Millionen von Menschen, die angesichts der Zerstörung von Hunderttausenden von Wohnungen durch den Krieg und die Rückzugskämpfe noch drängender wird, hat auf dem Hintergrund unserer sehr schlechten Wirtschaftslage schwere Gefahren zur Folge.

An der Spitze steht die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

(Sehr richtig!)

Daneben stehen die gesundheitlichen Gefahren. Nicht minder groß ist das Absinken der öffentlichen und privaten Moral. Aus all diesen Umständen ergibt sich eine ganz schwere Gefährdung der Jugend.

Die täglichen Raubüberfälle, Einbruchsdiebstähle und Plünderungen, das Umsichgreifen von Schwarzhandel und Schieberungen, von Arbeitscheu und Gewerbsunzucht, sind Krankheits Symptome, die gar nicht ernst genug betrachtet werden können. Schon lange führen die Landpolizei, die Stadt- und Gemeindepolizeien sowie die Grenzpolizei einen zähen Kampf gegen das Rechtsbrechertum jeder Schattierung. Es ist ein Kampf, den nur der voll zu würdigen weiß, der die täglichen Polizeiberichte auswertet und feststellt, wieviele Verbrecher gefaßt werden und wie oft dabei leider auch Leib und Leben der Polizeibeamten in die Schanze geschlagen werden muß.

Eine Mitteilung kann ich machen, die wohl im ganzen Lande, vor allem in den dünner besiedelten ländlichen Gebieten Befriedigung auslösen wird. Die Militärregierung hat genehmigt, daß der Personalstand der Landpolizei um ungefähr die Hälfte, nämlich von 6500 auf rund 10 000 Beamte erhöht wird.

(Bravo!)

Wir setzen alles daran, diese Quote möglichst schnell zu erreichen. Auf Grund der gemachten Erfahrungen wird dabei Wert darauf gelegt, daß bewährte und politisch tragbare Angehörige der früheren Gendarmerie wieder in den Dienst gestellt werden.

(Sehr richtig!)

Die dringend erforderliche Motorisierung der Landpolizei, die naturgemäß auf große Beschaffungsschwierigkeiten stößt, die Aufstellung von polizeilichen Funkfahndungsgruppen und die Schaffung polizeieigener Fernsprech- und Fernschreibleitungen muß gefördert werden. Die Bewaffnung der Landpolizei soll durch Zuteilung von Handfeuerwaffen verbessert werden.

Zur Bekämpfung des Schwarzhandels, dieses Krebschadens unserer Wirtschaft, wurde schon seit langem die Überwachung des Straßenverkehrs durch motorisierte Verkehrsstreifen der Landpolizei, die vor allem in den nordwestlichen Grenzgebieten in größerer Zahl eingesetzt wurden, eingerichtet. Ich erwähne die Durchsuchungen der Durchgangszüge nach dem Westen, den scharfen Zugriff in den Bahnhofshallen und auf den Bahnhofsplätzen gegen Schwarzhändler, Arbeitscheu und Dirnen.

Der Schutz der Ernte auf den Feldern wurde unter verstärktem Einsatz der Landpolizei und durch Wiederbelebung des gemeindlichen Feld- und Waldschutzes gefördert. In größerem Umfang wurden Wächter aufgestellt und mit Zustimmung der örtlichen Militärregierung zum Teil auch bewaffnet. Das Justizministerium hat im Rahmen der Staatsanwaltschaft ein eigenes Dezernat zur konzentrischen Verfolgung von Korruption, Bestechung, Schwarzhandel und Schiebertum geschaffen.

Mit Polizeimaßnahmen allein ist es nicht getan. Wir brauchen auch einen Rechtsboden, auf dem die Verfolgung der Rechtsbrecher mit größerer Energie und mit stärkerem Erfolg weitergetrieben werden kann.

Die Staatsregierung beabsichtigt, dem Landtag ein Gesetz über Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit vorzulegen, das sich mit folgenden Punkten befaßt:



(Ministerpräsident Dr. **Chard**)

I. Weitere Maßnahmen gegen solche Personen, die wegen Schwarzhandels, wegen Arbeitscheu, wegen gewerbmäßiger Unzucht oder wegen Verstoßes gegen den Kontrollratsbefehl Nr. 3 über die Registrierung beim Arbeitsamt strafgerichtlich verurteilt wurden. Hier ist Aufenthaltssperre in Orten über 10 000 Einwohner und in besonders schweren Fällen die Einweisung in ein Arbeitslager vorgesehen.

(Sehr richtig!)

II. Die Sicherung von Nahrungsmittellagern oder sonstigen für die Versorgung der Bevölkerung wesentlichen Vorräten.

III. Verschärfung der Meldevorschriften zur besseren Kontrolle der Personenbewegung.

Aus dem Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens darf ich hier mitteilen, daß zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Roten Kreuz zehn vollkommen ausgerüstete und jederzeit einsetzbare Notkrankenhäuser bereitgestellt werden. Erfreulicherweise konnte durch das Entgegenkommen der Militärregierung der restliche Bestand der Sanitätsdepots zu einem erheblichen Teil für die Allgemeinheit erhalten werden.

Der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dienen zur Zeit 53 staatliche oder gemeindliche Spezialkrankenhäuser mit 5000 Betten. Was das bedeutet, mag daraus hervorgehen, daß Bayern im Frieden mit fünf Krankenhäusern für Geschlechtskranke mit insgesamt 600 Betten auskam.

(Hört, hört!)

Die Gesundheitsverwaltung wird diesem Problem besondere Aufmerksamkeit zu widmen haben, da die Geschlechtskrankheiten gegenüber dem Vorjahr zwar im allgemeinen etwas zurückgingen, sich jedoch leider immer noch ein relatives Ansteigen der Syphilis zeigt.

Nun zur Gefährdung der Jugend. Ist unsere Jugend auch im Kern gesund, so ist doch die Zahl der Jugendlichen, die durch die Hitlerzeit, den Krieg und die Nachkriegszeit an Leib und Seele Schaden genommen haben, so groß, daß die Einrichtungen der Jugendwohlfahrt nachhaltige Förderung erfahren müssen. Auch auf diesem Gebiet ist bereits einiges geschehen. Für die Erziehung und Berufsausbildung minderbemittelter Jugendlicher sind im Haushalt des Staatsministeriums des Innern für 1947 drei Millionen Mark beantragt, von denen bereits 1½ Millionen Mark durch den Staatshaushaltsausschuß vorgriffweise genehmigt sind. Die zahlreich eingehenden Anträge für einheimische und Flüchtlingskinder werden zur Zeit geprüft. Die Vorarbeiten für Jugendsiedlungen, die heimatlosen Jugendlichen die Möglichkeit geben, wieder sesshaft zu werden, sind so weit gediehen, daß in nächster Zeit der Weg in die praktische Erprobung beschritten werden kann.

Im Anschluß an diese Schilderung der Leistungen und Bestrebungen der öffentlichen Jugendwohlfahrt muß auch ein herzliches Wort des Dankes an die Verbände der freien Fürsorge gerichtet werden, die in unermüdlicher Arbeit und Hingabe inzwischen wiederum 36 Kinder- und Jugendheime geschaffen haben.

(Bravorufe.)

Trotzdem ist die Jugendnot noch so groß, daß zu ihrer Bekämpfung in nächster Zeit auch wichtige gesetz-

geberische Maßnahmen ergriffen werden müssen. Dem Landtag wird daher demnächst eine Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz zugeleitet werden, die die Jugendwohlfahrtspflege den Gemeinden und Gemeindeverbänden als Selbstverwaltungsangelegenheit überträgt, jedoch gleichzeitig vorschreibt, daß in allen Kreisen und kreisunmittelbaren Städten eigene Jugendämter errichtet werden. Neben dem Amt soll ein Ausschuß stehen, der in allen wichtigeren und grundsätzlicheren Fragen beschließt. Aufgabe des Staates wird es sein, darüber zu wachen, daß die Selbstverwaltungskörper die ihnen anvertrauten verantwortungsvollen Aufgaben erfüllen und ihnen bei der Durchführung dieser Aufgaben helfend zur Seite zu stehen.

Der Volksvertretung wird ferner der Entwurf eines Gesetzes über ungebührliches Verhalten Minderjähriger in der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, das Herumstreunen von Kindern und Jugendlichen in der Dunkelheit zu verbieten und den Besuch von Gaststätten, Kinos und Theatern sowie von Tanzlustbarkeiten für Jugendliche zu regeln.

Schließlich soll dem Landtag auch der Entwurf eines Notgesetzes über Arbeitserziehung zugehen, das für arbeitscheue und verwahrloste Jugendliche Maßnahmen der Arbeitserziehung vorsieht. Das Gesetz tritt an die Stelle der Verordnung Nr. 74 und 75 vom 15. Juli 1946. Da die Verhängung solcher einschneidender Maßnahmen im Verwaltungswege auf Bedenken stößt, wird an die Einschaltung geeigneter gerichtlicher Instanzen zu denken sein.

Von ausschlaggebender Wichtigkeit für eine Beruhigung unserer Verhältnisse wird es aber sein, wenn wenigstens schrittweise gewisse Verbesserungen in unserem Wirtschaftsleben eintreten und wenn die Sozialpolitik der Regierung an die Lösung besonders dringlicher Aufgaben herangeht.

Im Wirtschaftsleben kämpfen wir um eine Verteilung der Hauptrohstoffe und der Einfuhren durch das Verwaltungsamt für Wirtschaft bei der Bizone, die mehr als bisher den Bedürfnissen der bayerischen Wirtschaft gerecht wird. Die durch den Krieg und die Nachkriegszeit eingetretene Verschiebung in den Kapazitäten der bayerischen Industrie sowie die erhebliche Veränderung in der Struktur unserer Wirtschaftsvorgänge durch Flüchtlinge, Evakuierte und verschleppte Personen müssen mehr als bisher berücksichtigt werden. Dadurch wird eine weitgehende Beteiligung Bayerns und der deutschen Länder überhaupt an der Aufstellung der zentralen Verteilungspläne geradezu zu einer Lebensfrage. Das Recht und die Pflicht zu dieser Forderung leiten wir aus der Erkenntnis ab, daß auch ein einheitlicher deutscher Wirtschaftskörper nur dann leben kann, wenn die Glieder dieses Körpers organisch, also ihren Bedürfnissen entsprechend, versorgt werden.

(Sehr richtig!)

Die vordringlichste Sorge ist hier die Versorgung der Bevölkerung mit den hauptsächlichsten Bedarfsgegenständen in den kommenden Wintermonaten. Über Hausbrandversorgung, über Bekleidung und Schuhreparaturmaterial habe ich mich bereits geäußert.

Die Notwendigkeit, die Grundindustrien zu erhalten und aufzubauen, wird in den kommenden Monaten zu Beschränkungen weniger wichtiger Industrien führen. Das Staatsministerium für Wirtschaft

(Ministerpräsident Dr. Chard)

wird sich besonders darum bemühen, diese Beschränkungen in einem erträglichen Maße zu halten und bei der Auswahl ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verfahren. Die Betriebe, die wirklich arbeiten sollen, müssen auch mit ausreichenden Betriebsmitteln versehen werden; sonst hat diese ganze Planung keinen Zweck.

Die Steigerung des Exports ist neben der Erhaltung und dem Aufbau der Grundstoffindustrie ein wesentliches Mittel, die allgemeine Güterproduktion wieder in Gang zu bringen. Bayern steht heute mit seinem Export an der Spitze aller Länder der Bizone. Erfreulicherweise ist die Ausfuhr von Fertigwaren in der letzten Zeit bis auf 90 Prozent angestiegen, während sie noch vor kurzem nur etwa 10 Prozent der Gesamtzufuhr betrug. Diese Entwicklung bedeutet einen verheißungsvollen Anfang für das Bestreben, die Geschicklichkeit und Kunstfertigkeit unserer Arbeiter und Handwerker zu einem besonders großen Anteil am Exportwert der veredelten Ware werden zu lassen. Die Schaffung des Devisenbonus und das neue Individual-Exportverfahren heben die Exportfähigkeit der Industrie.

Die Bedeutung des Reparaturhandwerks für den Wiederaufbau der bayerischen Wirtschaft ist noch nicht genügend erkannt.

(Sehr richtig!)

Seine Leistungen rechtfertigen die Absicht des Staatsministeriums für Wirtschaft, alle Anstrengungen zu machen, um seine Bedürfnisse weitgehend zu befriedigen.

Eine von der Öffentlichkeit nicht immer voll erkannte, aber doch sehr wesentliche Voraussetzung für die Wiederflüßigmachung unseres Wirtschaftslebens ist die Wiederherstellung unseres Straßennetzes einschließlich der Brücken verschiedenster Art. Hier hat sich die Abteilung für das Bauwesen im Staatsministerium des Innern große Verdienste erworben.

Die Sicherung des sozialen Friedens ist die notwendige Ergänzung aller Maßnahmen zur Festigung unseres Wirtschaftslebens. Die Staatsregierung ist daher entschlossen, zur Neugestaltung des Arbeits- und Sozialrechts die vordringlichsten Probleme auf dem Wege der Gesetzgebung zu lösen. Im Vordergrund steht das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer nach Art. 175 der bayerischen Verfassung, das durch gesetzgeberische Maßnahmen ausreichend gesichert werden wird. Weiter erscheint als vordringlich die alsbaldige Schaffung eines Tarifvertragsgesetzes, das die Voraussetzungen für den Abschluß von Tarifverträgen und die obligatorische und die normative Wirkung der Tarifverträge zu regeln hat. Ferner befindet sich ein Gesetz über den Arbeitsschutz der Frauen im Baugewerbe in Vorbereitung, das im Hinblick auf die Wirkung des Kontrollratsgesetzes Nr. 32 vom 10. Juli 1946 erforderlich wird.

Auf dem Gebiet der Arbeitskräfteleitung wird die Staatsregierung neue Wege zur Bekämpfung der Arbeitsflucht und der Arbeitslosenschere beschreiten und alsbald sämtliche an der Lösung dieser Aufgabe beteiligten Stellen zum gemeinsamen Handeln zusammenfassen. Mit Rücksicht auf die katastrophale Lage der Stromversorgung soll die Verordnung über

die Vergütung von Lohnausfällen der Arbeitnehmer bei Betriebseinschränkungen und -stilllegungen wegen Strommangels vom 2. September 1947 bis auf weiteres verlängert werden; nach Rückkehr normaler Verhältnisse wird an ihre Stelle die vom Länderrat angenommene Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung treten. Das ebenfalls vom Länderrat angenommene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das am 1. Oktober 1947 in Kraft getreten ist, wird eine wesentliche Verbesserung der Ansprüche arbeitsloser Versicherter, die nicht in Arbeit vermittelt werden können, bringen.

Der Ausbau und die organische Weiterentwicklung der Sozialversicherung sowie die Versorgung der Verheirateten der Arbeit und des Krieges wird eine besondere Sorge der Staatsregierung sein. Auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbauens wird alles getan werden, um im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten vor allem an den Brennpunkten des Arbeitseinsatzes für Flüchtlinge und Bombengeschädigte neue Wohnungen zu schaffen.

Zu den vordringlichsten Regierungsaufgaben gehört vor allem auch die beschleunigte Ausführung des Befreiungsgesetzes.

Die baldige Beendigung dieser Aufgabe ist vielleicht die wichtigste politische, psychologische und zum Teil sogar wirtschaftliche Voraussetzung für die Vereinigung der Vergangenheit, für die Einigung des deutschen Volkes und für einen erfolgversprechenden Aufbau.

(Sehr richtig!)

Im ganzen wurden bis jetzt 6 416 398 Meldebogen abgeliefert. Unter das Gesetz fallen hiervon 1 924 738. Davon haben sich erledigt durch die Jugendamnestie 478 249 Fälle und durch die Weihnachtsamnestie 698 210 Fälle, im ganzen also rund 1 176 000 Verfahren durch diese beiden Amnestien. Noch zu bearbeiten sind 5 416 662 Fälle, von denen nahezu 400 000 in die Klassen I und II fallen.

Die einfacher gelagerten Fälle sind also im wesentlichen erledigt. Es stehen hier noch rund 150 000 Meldebogen in Behandlung, bei denen nach Teil B der Anlage zum Befreiungsgesetz eine besonders sorgfältige Prüfung vorzunehmen ist, das sind also noch die vorzusehenden Mittläuferfälle. Für diese Fälle ist ein einfaches — oder ich will sagen: ein einfacheres — Verfahren von der Militärregierung genehmigt.

Die rund 400 000 Fälle nach Klasse I und II aber müssen individuell geprüft, bearbeitet und verbeschieden werden. Ein Teil wird zwar durch die vor einigen Tagen vom Länderrat und von der Militärregierung in Berlin genehmigte Novelle beschleunigt werden können. Aber trotzdem bleiben an die 300 000 Fälle übrig, die nur in dem zeitraubenden Spruchkammerverfahren mit all seinen Instanzen erledigt werden können. Hierzu kommen noch über 16 000 unerledigte Berufungsverfahren und ungefähr 10 000 Fälle vor dem Kassationshof.

(Hört!)

Unter Einrechnung der Angehörigen warten nun Hunderttausende von Menschen seit vielen Monaten auf die Entscheidung der Spruchkammern, der Berufungskammern, des Kassationshofes, des Ministeriums. Fast in jedem Fall steht das Schicksal einer ganzen Familie auf dem Spiel. Die Stimmung im Land ist, wie aus zahlreichen Äußerungen hervorgeht,

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

— und dem kann man sich nicht verschließen — aufschwerste bedrückt. Eine Besserung ist nur zu erwarten durch Einsatz aller verfügbaren Kräfte unter Zurückstellung aller weniger vordringlichen Aufgaben. Darum richte ich an die unbelasteten und den Voraussetzungen des Gesetzes entsprechenden Kreise der Bevölkerung ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit den dringendsten Appell zur Mitwirkung bei der Durchführung des Befreiungsgesetzes. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die freiwillige Mitarbeit von juristisch geschulten Personen. Um hier ein Mindestmaß von Leistungsfähigkeit zu schaffen, habe ich ein Einvernehmen zwischen dem Staatsminister für Sonderaufgaben, dem Staatsminister der Justiz und dem Staatsminister des Innern herbeigeführt, wodurch es, wie ich hoffe, möglich wird, durch Abstellung von Richtern und Staatsanwälten, von sonstigen juristisch gebildeten Beamten und von Angehörigen des juristischen Verwaltungsdienstes den Kassationshof und die Berufungskammern so zu verstärken, daß die dort entstandenen Rückstände aufgearbeitet werden können.

Wir wollen beweisen, wie ernst es uns um die Durchführung des Befreiungsgesetzes ist. Wir wollen aber auch dafür sorgen, daß der im Befreiungsgesetz zum Ausdruck gebrachte Wille zu individueller Gerechtigkeit für uns in die Tat umgesetzt wird.

Hier muß ich auch auf die große Reihe sehr ernster Fragen hinweisen, die aus der Entwicklung der Internierten- und Arbeitslager sich ergeben haben.

Die Zahl der Internierten betrug bei Übernahme der Regierung 25 458. Obwohl das Lager Hammelburg mit 5445 Internierten und das Lagerhospital Garmisch mit 747 Internierten hinzukamen, sank inzwischen die Gesamtzahl der Internierten auf 17 706 am 10. Oktober 1947.

Der Mensch lebt nicht allein vom Brot! Die täglichen Bedürfnisse für Ernährung, Kleidung und Wohnung dürfen im Planen einer Staatsregierung nicht ausschließlich das Feld beherrschen. Unsere geistigen Güter und unsere moralischen Werte sind mit um so größerer Entschlossenheit zu pflegen, je mehr das Materielle des Alltags uns zu ersticken droht. Eine Regierung, die den Wert und das unveräußerliche Recht jeder einzelnen Menschenseele als gottgeschaffene Tatsache anerkennt, muß den Fragen der Erziehung, des geistigen und kulturellen Lebens entscheidende Bedeutung für den Staat beimesen. Auf diesem Felde werden die geistigen und seelischen Entscheidungen der Zukunft vorbereitet, die das Angesicht der Erde erneuern. Es wird für unsere Söhne und Enkel dereinst nicht darauf ankommen, ob die Lebensmittelkarten ein halbes Jahr früher oder später abgeschafft worden sind, aber es wird alles darauf ankommen, mit welchem Geist und Charakter das neue Geschlecht in seine Zeit hineingewachsen sein wird.

(Sehr richtig!)

Keine Not der Gegenwart darf uns deshalb von der Pflicht abdrängen, unserer Jugend die beste Erziehung zu geben, die Wissenschaften zu pflegen und die Schätze unserer Kultur zu wahren und zu mehren.

Die Schulreform steht zwar im Mittelpunkt der Erwägung, sie braucht aber hier nicht näher erörtert zu werden, da der am 1. Oktober 1947 vom Staatsminister für Unterricht und Kultus der Militärregierung vorgelegte Plan zur Reform unseres ge-

samten Schulwesens in Kürze bei der Beratung des Haushaltsplans des genannten Ministeriums auch im Landtagsplenium eingehend erörtert werden wird. Wir sind der Meinung, daß es nicht so sehr auf die Veränderung äußerer Formen, sondern vielmehr auf einen anderen Geist im Schulwesen ankomme.

(Sehr richtig!)

Daher darf nichts überstürzt geschehen. Es sollten vielmehr die Schulsysteme anderer Länder durch besondere Kommissionen studiert werden, um daraus Anregung für die deutschen Verhältnisse zu ziehen. Die grundlegende Norm für die Gestaltung des Schulwesens ist in der bayerischen Verfassung enthalten. Die allgemeine Erziehung ist dem bloßen Unterricht vorzuziehen. Bildungsziel aller Schulen ist die Erziehung zu echtem Menschentum.

Die Gefahren, die der menschlichen Gesellschaft von Selbstsucht und Eigennutz, Klassen- und Rassegeist, Nationalismus und Militarismus drohen, können nur vom Weltanschaulichen her überwunden werden.

(Sehr richtig!)

Darum muß die christliche, eine wahrhaft humanistische Bildung neu belebt werden. Nur so können wir unsere Jugend zur wahren Demokratie erziehen. Eine Reform ist vor allem beim Geschichtsunterricht notwendig, wo die friedlichen Leistungen der Völker mehr zu betonen sind als die kriegerischen.

(Sehr richtig!)

Dem Religionsunterricht muß wieder die ihm vom Dritten Reich entrissene Stellung eingeräumt werden. Durch Vermehrung der Stipendien, Errichtung von Heimen und Verlegung von höheren Schulen auf das flache Land soll immer breiteren Schichten der Aufstieg zur höheren Bildung ermöglicht werden.

Neben der besonderen Pflege und Ausgestaltung des Volksschulwesens muß die Sorge des Staates vor allem den Fortbildungs- und Berufsschulen gelten. Daneben sollen aber auch die Mittelschulen in ihrer altbewährten Form erhalten bleiben. Der derzeitigen Überfüllung unserer Hochschulen ist so zu steuern, daß wieder ein geregelter Lehr- und Wissenschaftsbetrieb möglich ist.

Auf dem Gebiet der Kunstpflege, wo auch das übrige Deutschland von Bayern etwas Besonderes erwartet, wird es die wichtigste Aufgabe sein, unsere wesentlichen Bildungsstätten, die Kunstschulen, Bibliotheken, Museen, Orchester und Theater, durch die kommenden Schwierigkeiten, vor allem auch nach der Währungsreform, durchzuhalten. Auch den wichtigsten Bau- und Denkmälern in Stadt und Land, die zwar beschädigt, aber noch nicht ganz zerstört sind, muß unsere Sorge gelten, da man uns sonst in späteren Jahrhunderten große Vorwürfe machen würde. Herrliche Werke, die unsere Vorfahren schufen, sind vernichtet. Aber Neues kann herrlich erstehen, wenn wir in unserem Volk die schöpferische Kraft nicht verfliegen lassen, die in unseren Vorfahren lebte. Nachdem Bayern stets innerhalb Deutschlands als die besondere Stätte der Kunstpflege gegolten hat, ist vorgesehen, eine bayerische Akademie der Künste ins Leben zu rufen, die ähnlich wie die Akademie der Wissenschaften die wesentlichsten Persönlichkeiten aus dem Kunstleben zusammenfaßt und für derartige Fragen ein Beirat der Staatsregierung sein kann.

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

Besonders wichtig erscheint auch die kulturelle Dezentralisierung innerhalb Bayerns, wobei vor allem auch die kulturellen Bedürfnisse von Franken und Schwaben in besonderer Weise berücksichtigt werden müssen.

(Sehr richtig!)

Hier ist neben dem Theater an die Museen zu denken, bei denen die Zerstörung der Münchener Gebäude schon von selbst zu derartigen Maßnahmen der Dezentralisierung führt. Bei dem mühsam eingeleiteten Leben der Wissenschaften gilt es noch viele vom Krieg gerissene Lücken zu schließen. So vor allem etwa bei der Wiederherstellung der bayerischen Staatsbibliothek, deren Wiedererweckung besondere Anstrengungen gelten.

Eine erfreuliche Entwicklung hat schon in den letzten beiden Jahren das Gebiet der Volkshochschulen gezeigt. Hier wird der Staat auch weiterhin den jeweiligen Trägern, Gemeinden und Verbänden, seine Unterstützung gewähren. Ähnliches gilt für die erfreuliche Aktivität des Bayerischen Landesjugendrings, in dem die verschiedenen Jugendorganisationen zusammengeschlossen sind. Eine stattliche Anzahl von Jugendherbergen und Jugendheimen konnte schon wieder eröffnet werden und es ist zu hoffen, daß wir auf diesem Wege noch weitere Fortschritte machen können.

Das gute Vertrauensverhältnis zu den christlichen Kirchen wie auch zu der israelitischen Religionsgemeinschaft muß weiterhin erhalten und ausgebaut werden.

Im Reich des Geistes gibt es keine Zonen und Grenzen. Unseren Anteil an diesem ewigen, allen Völkern gemeinsamen Reich des Geistes geben wir nicht preis.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Der Staatsaufbau muß unter Auswertung so mancher Erfahrung der ersten zweieinhalb Jahre fortgeführt und weiterentwickelt werden. Wir wollen in der Mittelstufe und in der Unterstufe der Verwaltung eine straffere Zusammenfassung, eine echte Koordination der Arbeit herbeiführen durch die Eingliederung der verschiedenen Fachbehörden in die Kreisregierungen und Landratsämter.

(Sehr richtig!)

Der Regierungspräsident und der Landrat führen dann nicht nur, wie bisher bereits weitgehend der Fall, die Dienstaufsicht, sondern die volle Aufsicht über diese künftigen Teile ihrer Behörden. Sie unterstehen jedoch ihrerseits der Fachaufsicht der einschlägigen Ministerien. Auf diese Weise wird dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung und der Wahrung der fachlichen Belange in gleicher Weise Rechnung getragen.

Von großer Dringlichkeit ist die zweckmäßige Gestaltung oder Umgestaltung der Wirtschaftsverwaltung und des Bewirtschaftungssystems in Anpassung an diesen Verwaltungsbau. Dabei sind wir aber in weitem Umfang abhängig von den Maßnahmen des Zweizonen-Wirtschaftsrats. Da die Bewirtschaftung eine umstrittene und viel erörterte Sache darstellt, sei hier betont, daß wir die Bewirtschaftung tatsächlich nur auf jenen Gebieten aufrecht erhalten sehen wollen, wo sie im Interesse der Bevölkerung nicht entbehrt werden kann. Sie muß dann in der denkbar zweckmäßigsten und einfachsten Form durchgeführt werden und darf nicht ein Paradeferd der Bürokratie darstellen.

(Sehr richtig!)

Sowohl der Hortung wie auch der Verwaltungsmilkür soll demnächst durch weitgehende Einführung der Endverbraucherrationierung und des durchlaufenden Bezugsrechts entgegengewirkt werden. Der Apparat wird immerhin groß genug sein, um der Korruption und der Warenhortung mit der ganzen Strenge der Gesetze entgegenzutreten. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft ist mit der Ausarbeitung konkreter Pläne beschäftigt, um alle Warenvorräte, deren Lagerhaltung im Interesse der Bevölkerung nicht vertreten werden kann, zu erfassen.

(Sehr gut!)

Im ganzen genommen, wird die Umgestaltung der Wirtschaftsverwaltung in Angriff genommen werden, sobald die Absichten des Zweizonen-Wirtschaftsrats klare Umrisse angenommen haben und man in der Lage ist, zwischen der bizonalen und der Landesorganisation eine zweckmäßige Abstimmung vorzunehmen.

Auf dem Gebiet des innerbayerischen Verfassungs- und des Staatsrechts hat das Staatsministerium des Innern die Ausarbeitung eines Entwurfes für das bayerische Landeswahlgesetz in Angriff genommen. Die Schaffung eines verbesserten Verhältniswahlrechts, wie es die Verfassung vorschreibt, wird wohl noch umfangreiche, politische Verhandlungen mit sich bringen. Ein Schmerzenskind ist nach wie vor das Staatsangehörigkeitsrecht, auf dessen Gebiet eine tiefgreifende allgemeine Rechtsunsicherheit vorhanden ist. Die Frage der Staatsangehörigkeit unserer Flüchtlinge aber, die in der letzten Zeit etwas Unruhe ausgelöst hat, ist deshalb ohne praktische Auswirkung, weil nach § 4 des Flüchtlingsgesetzes alle nach diesem Gesetz betreuten Personen den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind.

Auf dem weiten Gebiet der Kommunalpolitik wird an einer neuen Gemeindeordnung gearbeitet, die zwar von der Gemeindeordnung des Jahres 1927 ausgeht, jedoch das gesamte Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung erneuern und den heutigen politischen und sozialen Verhältnissen anpassen soll. Auch für eine Bezirksordnung, die die Verhältnisse der bisherigen Landkreise regeln soll, und für eine Kreisordnung, die die Verhältnisse der bisherigen Bezirksverbände auf eine neue Grundlage stellt, liegen bereits Referentenentwürfe vor.

Mit besonderer Erwartung sieht die Staatsregierung deshalb der Londoner Konferenz entgegen, auf der über das Schicksal Deutschlands entschieden werden soll. Seit 30 Monaten warten wir auf Klarheit über die künftige Gestaltung Deutschlands. Lethargie in unserer Wirtschaft, Skepsis im politischen Leben, Zweifel an der Demokratie, Erschlaffen der Initiative sind nur einige der verhängnisvollen Folgen dieser Ungewißheit, die von Tag zu Tag bedrohlicher werden. Wir erhoffen von London Entscheidungen, die unserem eigenen Arbeits- und Betätigungswillen die Bahn freigeben. Wir brennen darauf, eine Bewährungsprobe ablegen zu können. Wir ersehnen den Friedenszustand, der uns den Weg zurück in die Gemeinschaft freier Völker öffnet.

Wir vertrauen darauf, daß unsere Kriegsgefangenen endlich alle in die Heimat zurückkehren dürfen.

(Sehr richtig!)

Wir erwarten Entscheidungen, die unserem eigenen Arbeits- und Betätigungswillen die Bahn in viel weiterem Ausmaße freigeben, als dies bisher der Fall

(Ministerpräsident Dr. Chard)

war. Wir erwarten, daß die Wiederkehr des Friedenszustandes herbeigeführt wird, der auch die uns völkerrechtlich zustehenden Rechte wieder in unsere Hand legt. Wir erwarten insbesondere nunmehr endgültig die Beseitigung der vier Zonengrenzen,

(Sehr gut!)

die Schaffung der deutschen Einheit und die wirkliche Möglichkeit, die unendlich geschwächten und dezimierten Kräfte des neuen Deutschland wieder in planvoller Zusammenarbeit für das gemeinsame Wohl einzusetzen.

Für die bayerische Staatsregierung wäre es eine besondere Freude, wenn ein Hinsinken der Zonengrenze uns die Möglichkeit geben würde, das unveränderte Gefühl unserer Zusammengehörigkeit mit der Pfalz wieder durch die Tat zu beweisen,

(bravo!)

indem wir in der Zeit der Not unser Brot mit unseren Pfälzer Landsleuten teilen könnten. Die lebendigen Bande, die mehr denn je Bayern und die Pfalz verbinden, lassen sich nicht zerschneiden, und es wäre vom Standpunkt der Aufgaben, die künftig dem deutschen Süden als wichtigen Faktor neuer friedenssichernder Ordnungen zufallen, kein Fortschritt, wollte man sie zerschneiden. Darum ist jede bayerische Staatsregierung an das durch keine Zeitumstände zerstörbare Treueverhältnis zur Pfalz gebunden.

(Bravo!)

Mit besonderer Genugtuung teile ich dem hohen Hause mit, daß die wirtschaftlichen und persönlichen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bevölkerung diesseits und jenseits der Zonengrenze mit dem bayerischen Kreis Lindau unverändert bestehen blieben,

(Bravorufe.)

obwohl Stadt- und Landkreis Lindau in der französischen Zone liegen. So bereitete es der bayerischen Regierung aufrichtige Freude, daß sie bei der letzten Lindauer Kulturwoche eine Reihe von mittelalterlichen Bildern schwäbischer Künstler als Leihgabe zur Verfügung stellen konnte. Umgekehrt durften auch wir uns mancher Freundlichkeit und Herzlichkeit erfreuen, insbesondere in Form von Obstlieferungen aus diesem fruchtbaren Gebiet.

Den Ausbau des bayerischen Staates und die Arbeit an der Gesundung des Landes betrachtet die Staatsregierung zugleich als Dienst an dem Größeren, das für uns Deutschland heißt. Bayern hat sich immer als Glied eines künftigen Bundesstaates angesehen und hat jeden Schritt zur Vereinigung der Zonen und zur Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit begrüßt und unterstützt. Nur gehässige Mißdeutung kann uns Länder- oder Zonenpartikularismus nachsagen.

(Sehr richtig!)

Bayern hat seine Verbundenheit mit dem gesamten Deutschland jederzeit auch durch die Tat bewiesen und beweist sie täglich aufs neue.

(Sehr richtig!)

Man vergleiche doch die Beiträge der einzelnen deutschen Länder im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit und man wird finden, daß Bayern keinen Vergleich zu scheuen hat.

(Sehr richtig!)

Wir schränken uns ein, um anderen Deutschen helfen zu können. Wir sagen es gewiß nicht um uns zu rüh-

men, sondern nur um uns zu verwahren gegen böswillige Verdrehung der Tatsachen. Die Staatsregierung wird unbeirrt auch weiterhin für die baldige Errichtung eines echten, aus den Einzelstaaten hervorgehenden Bundesstaates eintreten, wie er auch in den Proklamationen der Militärregierung vorgesehen ist. Es liegen bereits eingehende Vorarbeiten für eine föderalistische Bundesverfassung vor. Die bayerische Staatsregierung fühlt sich verpflichtet sowohl bei der Organisation des Wirtschaftsrats für die englisch-amerikanische Zone wie bei den Arbeiten für die Schaffung einer deutschen Verfassung ihre ganze Energie dafür einzusetzen, daß Bayern in dem kommenden Bundesstaat Deutschland ein politisches Mitspracherecht erhält, das seinem materiellen, geistigen und kulturellen Beitrag entspricht.

(Bravorufe.)

Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, Notstände und Sorgen vorgetragen, Gedanken, Pläne und vorbereitete Maßnahmen geschildert. Aber alle praktische Arbeit kann nur dann zum Erfolg führen, wenn der Staat seine Aufgaben auf einer durchaus gesunden, finanziellen Grundlage durchführt. Keine noch so gute Absicht kann in die Tat umgesetzt werden, wenn kein Geld vorhanden ist. Zur Sicherung dieser Grundlage muß unser bayerischer Finanzminister mit klarem Blick die wichtigsten Notwendigkeiten fundamentaler Art ins Auge fassen. Hier steht an der Spitze die Ausgleichung des Staatshaushaltes durch schärfste Sparmaßnahmen, um schon rechtzeitig für einen nicht übersehtenen und doch leistungsfähigen Apparat der öffentlichen Verwaltung zu sorgen, der seine Arbeit reibungslos auch dann vollziehen kann, wenn durch die Vereiningung der Geldverhältnisse unsere Armut voll zutage treten wird und für Illusionen kein Raum mehr bleibt. Das Rechnungsjahr 1946 hat ohne Fehlbetrag abgeschlossen, weil zahlreiche Planstellen der Verwaltung unbesetzt blieben und größere Bauvorhaben infolge des Mangels an Baustoffen nicht in der veranschlagten Höhe ausgeführt werden konnten. Diese durch die Verhältnisse erzwungenen Ersparnisse müssen die folgenden Jahre bei den Haushaltsberatungen des Landtags in dauernde Ersparnis umgewandelt werden. Dazu ist eine Vereinfachung des stark übersehtenen Verwaltungsapparates, die Rationalisierung auf verschiedenen Gebieten und die Wiederherstellung der Verwaltungseinheit in der mittleren und unteren Instanz nötig.

(Sehr richtig!)

Die bayerische Staatsregierung ist an den Verhandlungen mit dem Kontrollrat beteiligt, die eine Milderung von Härten auf dem Gebiet der Steuern herbeiführen sollen. Es müssen durch Herabsetzung der überspannten Steuersätze auf ein wirtschaftlich tragbares Maß der Arbeitswille und der Unternehmereinsatz wieder wirksam werden. Eine Verschärfung der Steueraufsicht wird mit allen Mitteln des Steuer- und Zollfahndungsdienstes gegen Schwarzhändler, Großverdiener und Steuershinterziehungen vorgehen.

(Sehr gut!)

Es ist eine Regelung der Gewerbesteuer in Aussicht genommen, welche die Selbstverwaltung der Gemeinden auf finanziellem Gebiet fördern kann. Eine entsprechende Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung und ein angemessener finanzieller Ausgleich wird Gegenstand besonderer Prüfung sein.

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

Die Härten der kommenden Jahre können von der Gesamtheit unseres Volkes nur dann befriedigend überstanden werden, wenn die soziale Fürsorge ausgebaut und leistungsfähig erhalten wird. Erhebliche Mittel und Zuschüsse sind für die Sozialversicherungen und Kriegsversehrte bereitgestellt. Das Flüchtlingswesen benötigt große Beträge für die Beschaffung von Material, für die Ansiedlung von Neubürgern und für Kräfte zu gewerblicher Betätigung. Flüchtlingsbeamte wurden im Rahmen der Aufnahmefähigkeit der Staatsverwaltung in diese als Beamte aufgenommen. Auch nichtbayerische Pensionisten wurden durch besondere Zuweisungen betreut.

Das Staatskommissariat für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, dem ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt wurden, widmet sich durch die Gewährung von Unterstützungen, Darlehen und Stipendien und durch eine Reihe sonstiger Hilfsmaßnahmen mit großem Nachdruck der Betreuung seiner Schützlinge. Das Kernproblem, das die rassistisch, religiös und politisch Verfolgten bewegt, ist allerdings die Überführung der Betreuung in eine endgültige Wiedergutmachung.

Für den Wiederaufbau der Wirtschaft steht neben der Staatsbank die Landeszentralbank mit ihrer gut eingespielten Organisation und ihrer Finanzkraft bereit. Das Kreditwesen wird unter Einschaltung der staatlichen Bankenaufsicht weiter gefördert. Durch die von der Militärregierung gewünschten Änderungen im Bankwesen, insbesondere die Dezentralisation der Großbanken, wird — was ich ausdrücklich hervorheben möchte — das Verhältnis der einzelnen Banken zu ihren Kunden nicht berührt. Die Vereinigung des Wertpapierwesens soll durch mehrere von Bayern angeregte, teils im Lauf befindliche, teils dem Kontrollrat zugeleitete Vorschläge erfolgen. Die Planung rationaler öffentlicher Arbeiten für den Fall einer etwaigen Arbeitslosigkeit wird vorbereitet.

Für die Zukunft sind unter Leitung der Bauabteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern weitgehende Maßnahmen zur Verbesserung der bayerischen Elektrizitätsversorgung in Angriff genommen. Die Vorarbeiten für die Überleitung des Rißbaches in den Walchensee, die nach Fertigstellung 90 Millionen Kilowattstunden erbringen wird, sind beendet. Die Vorarbeiten für die großen Talsperren im oberen Isargebiet, die im Zusammenhang mit der Rißbachüberleitung geschaffen werden müssen, sind im Gange. Der Ausbau von fünf Kraftwerken an Iller, Lech und Saalach wird energisch fortgesetzt. Der Ausbau der unteren Isar wird bereits projektiert. Die bayerischen Wasserkräfte bedeuten den Schlüssel für den Wiederaufbau einer gesunden, im wesentlichen auf Veredelungsarbeit beruhenden bayerischen Wirtschaft. Wir werden daher den Ausbau dieser Wasserkräfte mit unbeugbarer Energie weiterbetreiben und auch darauf Bedacht nehmen, daß bei der Ausfuhr von Strom aus Bayern der lebenswichtige Bedarf unseres Landes vorweg gesichert wird.

Die Prüfung und Vorbereitung der zum Vollzug des Artikels 160 der bayerischen Verfassung geeigneten und erforderlichen Maßnahmen wurde durch Bestellung eines Beauftragten und eines mit ihm zusammenarbeitenden Planungsausschusses in Angriff genommen. Es sind ferner gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung der

Brennstoffversorgung und planmäßigen Steigerung der Braunkohlenförderung im Gange.

Verehrte Frauen und Männer! Für die Ziele und Aufgaben, die ich Ihnen in großen Zügen dargelegt habe, erbittet die Regierung die tatkräftige Mitwirkung des Landtages. Unseren gemeinsamen Anstrengungen müßte jedoch der letzte und schönste Erfolg versagt bleiben, wenn nicht das Volk selbst zu lebendiger Teilnahme zu gewinnen wäre. Es ist eine unselige Folge der den Einzelmenschen verachtenden Gewaltherrschaft, daß der Staatsbürger sich oft nur als bewirtschaftetes, verwaltetes und je nach Belieben eingesetztes Objekt empfindet. Die Tatsache, daß in der Demokratie jeder einzelne zur aktiven Teilnahme an der Gestaltung seines Staates, an der Wahl der Ziele und an ihrer Durchführung berufen ist, dringt nur langsam in das Bewußtsein des Volkes ein. Viele wissen mit der neugeschenkten Freiheit nichts anzufangen.

(Sehr richtig!)

Selbst in ihren eigenen Angelegenheiten sind sie unselbständig geworden. Sie wollen gegängelt werden und bei jeder auftauchenden Schwierigkeit wissen sie nichts anderes, als zur Behörde zu eilen, auch wenn sie bei einigem Besinnen der Schwierigkeit aus eigener Kraft unschwer Herr werden könnten.

(Sehr richtig!)

Demokratie ist aber nicht passives Erdulden der Regierungstätigkeit, sondern ist aktive Beteiligung. Beklagenswert ist die Geistesverwirrung einer Zeit, in der immer noch zahlreiche Deutsche nur Hohn für die Demokratie haben. Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Ist es denn so absurd, auch von dem Deutschen tätige Anteilnahme an der politischen Gestaltung seines Vaterlandes zu erwarten, die in anderen Ländern als stolzes Vorrecht jedes Staatsbürgers gilt?

(Sehr gut!)

Ist es denn wirklich zum Lachen, wenn man auch dem Deutschen zutraut, daß er sich über die Lebensfragen seines Volkes eine vernünftige Meinung bilden, daß er brauchbare Lösungen finden kann und daß seine Gedanken und seine Mitarbeit ein Gewinn für die Gesamtheit sein könnten? Ich vermag es vor allem nicht zu glauben, daß die zwölf Jahre Gewaltherrschaft die hochstrebende deutsche Jugend zu einer Generation von urteilslosen Befehlsempfängern hat herabwürdigen können, deren Fähigkeiten sich im Ausführen von Weisungen oder im mutlosen, mürrischen Abseitsstehen erschöpfen. Nein, diese Jugend, die ohne Zögern zum Opfer ihres Lebens und ihres Blutes bereit war, wird sich auch nicht versagen, wenn sie zur freiwilligen Mitarbeit ihres Geistes und ihrer Hände beim Aufbau des Vaterlandes aufgerufen ist.

Der Jugend auf dem Acker, in den Hörsälen, in den Werkstätten und Fabriken rufe ich zu: tua res agitur — es geht um Deine ureigene Sache!

(Laute Zustimmung!)

Eure Väter und Mütter können noch das Feld von Trümmern und Schutt reinigen und neue Furchen ziehen. Aber Ihr müßt helfen bei der Saat, denn Euer soll die Ernte sein! Kein Bayer, kein Deutscher darf verzagen und unser Land und unsere Sache verloren geben! Wenn das bayerische Volk mit seinem Landtag und seiner Regierung zusammenhält, dann kommen wir auch heil über diesen überaus düsteren Winter. Dann erwächst uns aus der Schuld der Vergangenheit

(Ministerpräsident Dr. Chard)

und der Heimsuchung der Gegenwart Läuterung und Stärke für die Zukunft. Dann wird Gott, der die Herzen wägt und den Menschen nicht über seine Kraft versucht, unser Wollen und Vollbringen segnen!

(Lebhafter, sich steigender Beifall,  
besonders bei der CSU.)

**I. Vizepräsident:** Der Herr Ministerpräsident hat noch eine Erklärung abzugeben.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus! Verehrte Frauen und Männer! Ich möchte außerhalb der Regierungserklärung noch zu zwei Fragen eine Mitteilung machen: einmal zu der Frage der Demontagen und dann noch zu einer anderen Frage, die uns, wie ich Ihnen nicht verhehlen darf, zur Zeit die größte Sorge bereitet, zur Kartoffelversorgung.

Zur Demontage möchte ich heute nur mitteilen, was bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Wiesbaden in den letzten Tagen beschlossen wurde. Ich darf Ihnen die Entschliebung der Ministerpräsidenten, die nach einer eingehenden Aussprache zustande kam, bekanntgeben. Sie können daraus den Stand der Sache ohne weiteres entnehmen.

Die Ministerpräsidenten des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes und die Bürgermeister von Bremen und Hamburg waren mit ihren Wirtschafts- und Arbeitsministern am 22. Oktober in Wiesbaden versammelt, um die durch die Übergabe der Demontageliste geschaffene Lage zu erörtern. Nach einer Aussprache mit den Vertretern des Wirtschaftsrats und des Exekutivausschusses beendeten sie ihre Beratungen mit der einstimmigen Annahme der folgenden Entschliebung:

1. Bei den beschlossenen Demontagen handelt es sich um Maßnahmen, die tief in den Organismus und in die Substanz der deutschen Wirtschaft eingreifen und schwerwiegende materielle, arbeitspolitische und psychologische Folgen nach sich ziehen. Die angeordneten Maßnahmen stellen einen einseitigen Akt der beiden Militärregierungen dar, bei dem keine deutsche Stelle mitgewirkt hat. Die Verantwortung für den beschlossenen Demontageplan trifft somit ausschließlich die Besatzungsmächte.
2. Die Verpflichtung des deutschen Volkes, Wiedergutmachung zu leisten und der Welt die Bürgerschaft für eine friedliche Entwicklung zu geben, wird anerkannt. Die Wiedergutmachung darf aber nicht das Leben des Volkes und die geistige und wirtschaftliche Einordnung Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker gefährden.
3. Die Besatzungsmächte haben erklärt, daß die Lösung des Reparationsproblems einer Erholung der europäischen Wirtschaft den Weg nicht verbauen wird. Hiermit steht der Demontageplan im Widerspruch. So sind z. B. allein im Lande Nordrhein/Westfalen 294 Betriebe, von denen nur 43 Rüstungsbetriebe sind, für die Demontage vorgesehen. Dadurch wird die auch gerade im europäischen Interesse notwendige Steigerung der Rohlenförderung unmöglich gemacht und die ebenso notwendige Stahlproduktion auf das Schwerste beeinträchtigt.

4. Die Ministerpräsidenten haben den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gebeten, gemeinsam mit den Wirtschafts- und Arbeitsministern der Länder alle mit dem Demontageplan zusammenhängenden Fragen eingehend zu prüfen. Die mit den Militärregierungen zu führenden Verhandlungen werden in voller Übereinstimmung aller Länder erfolgen.

5. Mit der Demontageliste wird dem deutschen Volk die Rechnung präsentiert für die verbrecherische Politik der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer Helfershelfer.

6. Die Lage erfordert Besonnenheit. Das deutsche Volk und namentlich die arbeitende Bevölkerung dürfen versichert sein, daß ihre Regierungen alles aufbieten werden, um die Lebensrechte des Volkes zu wahren. —

Soweit diese Entschliebung. Ich kann im einzelnen über die Auswirkungen der Demontageliste für Bayern heute noch keine Mitteilung machen. Die Untersuchung ist im Gange. Sie wird gemeinsam mit den anderen Ländern und gemeinsam auch mit dem Amt für Wirtschaft gepflogen, und dann werden die Maßnahmen getroffen, die man treffen kann. Ich habe die Hoffnung, daß man bei der Durchführung manche Milderung, vielleicht sogar manche Erleichterung überhaupt erreichen kann, wenn man nüchtern und besonnen an diese Aufgaben herantritt. Es ist uns immer wieder versichert worden, daß man alles bei der Durchführung tun wird, um möglichst wenig unmittelbare Eingriffe vorzunehmen, die den jetzt in Gang befindlichen Plan, z. B. über die Reparatur von Verkehrseinrichtungen, stören würden oder die etwa plötzlich oder auf lange Sicht eine Störung in dem Arbeitsbetrieb und vor allem eine ernste Störung der arbeitenden Bevölkerung selbst hervorrufen würden. Sie werden weitere Mitteilungen im Fortgang der Arbeiten bekommen. —

Eine zweite Sache möchte ich noch vorbringen: das ist die Kartoffelsorge. Über die vorhandene Kartoffelmenge bestehen schwerwiegende Unklarheiten. Es liegen zweierlei Schätzungen vor, die unverhältnismäßig weit voneinander abweichen. Diese große Verschiedenheit läßt sich nur so erklären, daß ganz verschiedene Schätzungsmethoden von beiden Seiten angewendet worden sind. Die eine Schätzung wird von der Militärregierung zugrunde gelegt. Die andere Schätzung beruht auf einem Gutachten, das die Durchschnittssätze für die bisherige Kartoffelernte auf 92,2 Doppelzentner pro Hektar festlegt. Hiernach braucht Bayern für dieses Jahr einen Zuschuß von etwa 384 700 Tonnen. Nach den Auflagen des Verwaltungsamtes für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt aber hätte Bayern einen Überschuß von 239 000 Tonnen.

(Hört!)

Die Berechnungen des Verwaltungsamtes für Ernährung und Landwirtschaft

(Zurufe: Grüner Tisch! Schlange-Schöningen!)

stützen sich auf die weitaus höheren Schätzungen der Militärregierung. Das Verwaltungsamt in Frankfurt hat auch die Anbaufläche für Kartoffeln höher angenommen, als es nach der Bodennutzungserhebung tatsächlich der Fall war. Der vom Verwaltungsamt errechnete Überschuß kann in der Tat von uns weder beigebracht noch anerkannt werden.

(Ministerpräsident Dr. **Chard**)

Das ist eine Tatsache, über die nicht hinwegzukommen ist. In Frankfurt scheint man nämlich eine um 8 v. H. höhere Anbaufläche in Bayern errechnet zu haben. Diese 8 v. H. würden allein rund 200 000 Tonnen Kartoffeln mehr ergeben als die von uns errechnete Menge, bei einem Durchschnittsertrag von 92,2 Doppelzentnern pro Hektar. Das Landwirtschaftsministerium steht hierwegen in Verhandlungen mit dem Verwaltungsamt für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt. Wir werden außerdem mit den notwendigen Unterlagen an die Militärregierung herantreten und die Differenz aufzuklären und auszugleichen versuchen.

Davon unabhängig aber ist es dringend nötig, die tatsächlich vorhandene Kartoffelmenge beim Erzeuger nach Abzug des Saatgutes und des Selbstversorgerbedarfes restlos und sofort zu erfassen. Es ist weiter notwendig, diese für die Verbraucher zur Verfügung stehende Kartoffelmenge ungefäulmt mit größter Energie den Verbrauchern in den Städten zuzubringen, damit jeder vorerst einmal seinen Zentner Kartoffel zur Einlagerung bekommt. Wir werden die Mithilfe des ganzen Volkes für diese Aufgabe der allernächsten Zeit aufrufen, und ich darf auch Ihre Mitarbeit, verehrte Frauen und Männer des Landtags, ohne Rücksicht der Partei dazu erbitten. Ich meine, jeder Abgeordnete kennt seinen Bezirk und das, was in ihm vorgeht oder was nicht vorgeht, sehr genau und er sollte jetzt

in der nächsten Zeit sich dafür einsetzen, daß diese geradezu lebenswichtige Aufgabe in der nächsten Zeit, noch, bevor der endgültige Frost einbricht, erfüllt wird,  
(sehr richtig!)

damit die Kartoffeln herauskommen aus den Kellern und aus den Mieten, in denen sie sich zum Teil schon befinden, und den Verbrauchern zugeleitet werden, damit jeder wenigstens einmal den Zentner hat, der ihm zur Einlagerung zugesichert ist; denn sonst können wir eine Hilfe nicht in Anspruch nehmen, sonst bekommen wir Schwierigkeiten unter der Bevölkerung zwischen den Verbrauchern und den Erzeugern. Und das, meine verehrten Frauen und Männer, können wir vermeiden, wenn wir die Tatsachen nüchtern feststellen und alles tun, was in unseren eigenen Kräften liegt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

**I. Vizepräsident:** Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Schluß der heutigen Sitzung angelangt.

Ich schlage dem hohen Hause vor, die nächste Sitzung des Landtags auf Donnerstag, den 30. Oktober, 14 Uhr, festzusetzen mit der Tagesordnung:

Stellungnahme des Landtags zur Erklärung der Staatsregierung.

Gegen Zeitpunkt und Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; ich stelle die Zustimmung des Hauses fest und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.)